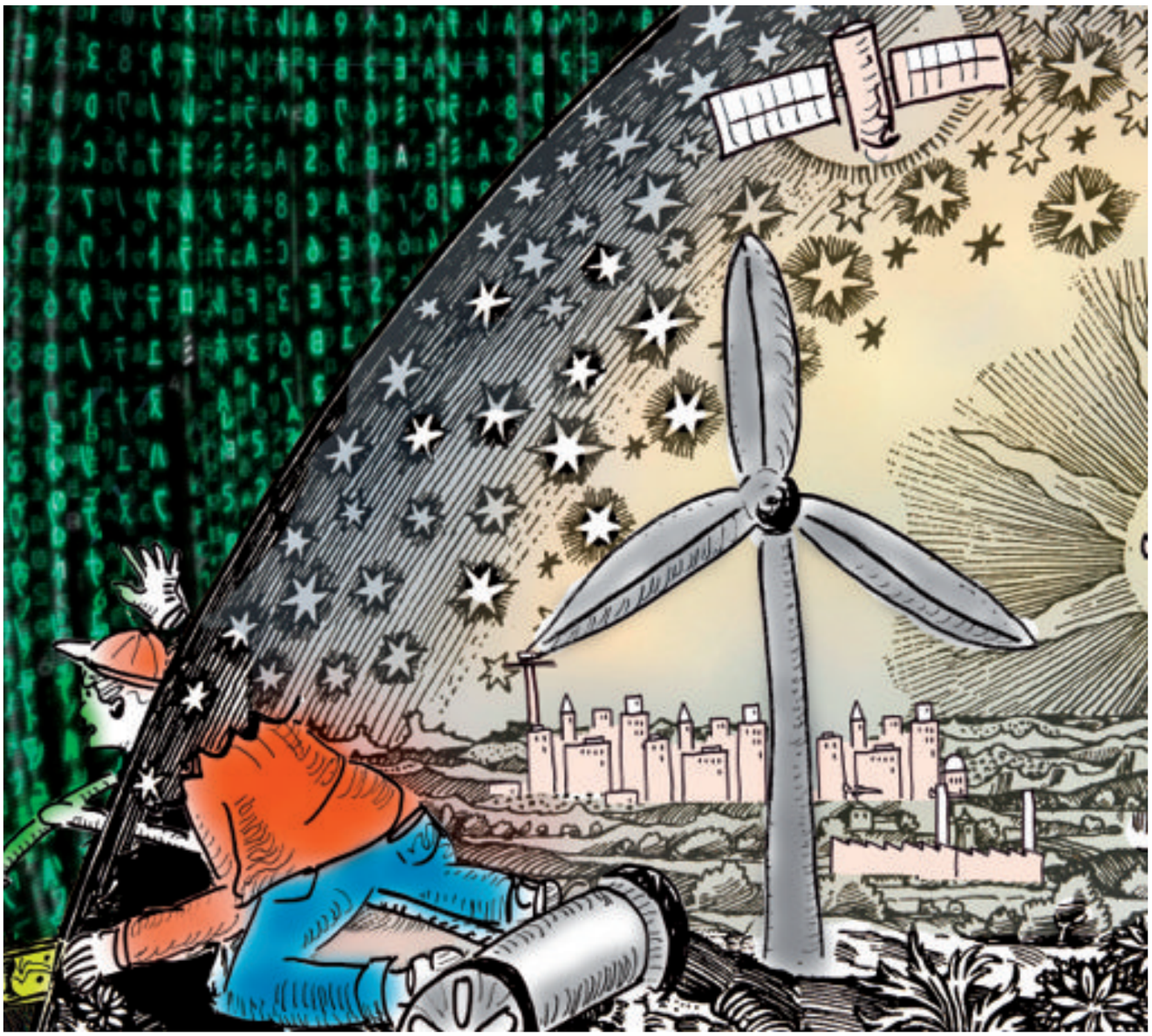
2013.1

KOMPASS

//kompass.im

Demokratie und Freiheit, Bürgerrechte und informationelle Selbstbestimmung, Transparenz in Politik und Staat, existenzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe, freier Zugang zu Information und Bildung, ein bürgerfreundliches Urheber- und Patentrecht, sowie weitere

Themen, die Piraten bewegen



Titelbild CC Zero Stefan Müller/wikipedia

PIRATEN

AUF DER SUCHE NACH WERTEN

SEITE 4

Fußball-Fans

ÜBERWACHT UND AUSGEFORSCHT

SEITE 12

Netzpolitik-Lexikon

VON A WIE ABMAHNUNG BIS Z WIE ZENSUR

SEITE 14

Gesundheit

VORBEUGEN STATT REPARIEREN

SEITE 18

Aus dem Inhalt

Titelthema
Auf der Suche nach den Werten
Seite 4

Gezörre
Was die Rundfunkanstalten unter ihrer Informationsfreiheit-Auskunftspflicht verstehen: eher beschämend wenig
Seite 9

Piraten wirken!
Johannes Thon über große und kleine Piraten-Erfolgserlebnisse
Seite 10

Überwachungswahn
Aus den feuchten Träumen eines Überwachungsministers
Seite 12

Netzpolitik
Netzpolitik von A-Z und alles über Commons und Breitband
Seite 14

Gesundheit
Prävention – nicht nur im Gesundheitswesen
Seite 18

Drogen
Völlig inkonsistent ist die jetzige Drogenpolitik.
Seite 20

Buch- und Medientipps
Sachbücher zu aktuellen Themen
Seite 22

Die Story
Die Vergangenheit ist manchmal aktueller, als sie scheint
Seite 23

Editorial

Ahoi, liebe Lesende!

Abmahn-Anwälte dürfen sich die Hände reiben. Dank CDU können sie weiter risikolos Privatleuten in Selbstjustiz 1.500-Euro-Rechnungen für angebliche Musik-Downloads schicken. Kultusminister Bernd Neumann (CDU) torpediert das von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) vorgeschlagene „Anti-Abzock-Gesetz“.

Der koalitionsinterne Kompromissvorschlag sah zuletzt eine Deckelung der Anwaltsrechnung auf 155,30 Euro vor. Die Beweislast für einen Rechtsverstoß sollte künftig die Abmahner treffen. Unberechtigte Abmahnungen führen sogar zu Schadenersatz. Kulturstaatsminister Neumann fordert jetzt auf Lobby-Wunsch einen Katalog an Ausnahmen. So will er etwa ab der zweiten Abmahnung Härte demonstrieren und die neue Beweislastumkehr aushöhlen.

So geht es nicht. Demonstriert Härte: gegen diese und weitere Urheber-Unrechte!

Deine Idee für den Kompass

Wir suchen Menschen mit Spaß am Schreiben und an Piratenthemen!

Mach mit! Hier steht wie:
http://kompass.im/mitmachen

Redaktionskonferenz:
Jeden Donnerstag 20 Uhr Telekonferenz
Software dafür kostenlos downloaden:
http: //wiki.piratenpartei.de/Mumble#NRW
NRW-Mumble-Server im Raum:
Piratenzeitung.
Redaktionswiki:
http://wiki.piratenzeitung.de/?title=Kompass

KOMPASS

wird herausgegeben vom Denk Selbst e.V. und erscheint vierteljährlich. Die Zeitung gibt stets lediglich die Meinung der Autoren eines Artikels wieder. Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung!

http://**kompass.im**/
kompass@piratenzeitung.de
Twitter: @Piratenzeitung

Mitwirkende
Jürgen Asbeck (Redaktion)
Joschua Brück (Verwaltung)
Irmgard Gravemann (Lektorat)
Radbert Grimmig (Lektorat)
Stefan Müller (V.i.S.d.P.)
Ulrich Scharfenort (Redaktion)

Autoren
Jürgen Asbeck
Jens Ballerstädt
Christina Herlitschka
Achim Müller
Stefan Müller
Michael Renner
Andreas Rohde
Ulrich Scharfenort
Manfred Schramm
Andi Ströhle
Thomas Weijers

Dank an Johannes Thon @duesenberg, Christian Nissen, Flaschenpost, Creative Commons Deutschland, SG Presse Bayern, SG Gestaltung und AG Werbemittel Hamburg

Zeichnungen Stefan Müller (Titel)

Layout SG Gestaltung

Vertrieb Michael Balke
vertrieb@denk-selbst.org

Finanzen Volker Neubert

Postanschrift an Kompass
Denk Selbst e.V.
z.H. Volker Neubert
Hackenbroicher Weg 24
50259 Pulheim

Kopieren erlaubt!
Alle Inhalte, Texte, Bilder und Illustrationen etc. stehen unter **Creative Commons BY-NC-ND** (soweit nicht anders gekennzeichnet)

Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/

Ein Produkt der ArbeitsGemeinschaft
PIRATENZEITUNG
www.piratenzeitung.de

[Post von Lesern]

Das Thema Rauchen bewegt Michael Balke, Pirat aus dem nordhessischen Werra-Meißner-Kreis:

Tabak wurde nach seiner Entdeckung in alle Welt exportiert. Das vom Tabak selbst hergestellte Nikotin dient ihm als Schutz vor gefräßigen Insekten. Durch den hohen Nikotingehalt im Tabak wird dieser heute als Droge und nicht mehr als Genussmittel eingestuft. Nikotin ist ein Nervengift, das jedoch auch die Ausschüttung von Adrenalin, Dopamin und Serotonin fördert. Als Raucher muss ich u.a. das Bundesnichtrauchergesetz, das Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens, die Arbeitsstättenverordnung und und und beachten. Ich zahle viel Tabaksteuer, werde wahrscheinlich früher sterben und werde hier und da immer wieder gegängelt. Warum tue ich mir das überhaupt noch an? – Warum höre ich nach fast dreißig Jahren rauchen nicht einfach auf? Weil es leider nicht so einfach ist. Ich bin süchtig. Ich weiß um die schädliche Wirkung des Tabakrauches, ich weiß, dass mir der Rauch nicht schmeckt und ich weiß, dass ich auch ohne Tabak leben kann. Es würde mir nur nutzen – mehr Geld, mehr Gesundheit etc. Schön wäre, wenn der deutsche Staat endlich einmal seiner Fürsorgepflicht nachkäme und Tabak – in welcher Form auch immer – in Deutschland verbieten würde. Cannabis ist verboten, Tabak jedoch erlaubt. – Das passt vorne und hinten nicht. Die „Germanen“ waren schon immer ein Trinkervolk (Met, Bier) und haben sich in den letzten Jahrtausenden entsprechend dem Gift Alkohol angepasst. – Tabak lernten sie erst in den letzten Jahrhunderten kennen. Er gehört nicht zu unserer Kultur und ist in seiner Wirkung einfach zu schädlich, daher plädiere ich für ein komplettes Tabakverbot. – Gerne auch mit langen Übergangsfristen wie in Neuseeland (bis 2025).Ich bin Pirat. Ich bin für ein genaues hinschauen bei Drogen. Ich bin für eine Freigabe von Cannabis, aber ich bin auch für ein Verbot von Tabak!

Zum Kompass 2012.3, Seite 22 „Nützliche Einkommen“ erreichte uns aus dem Europäischen Parlament eine Mail von Elmar Brok:

Sehr geehrte Damen und Herren, auf die üblichen Methoden, wie etwa Unterstellungen unter Umgehung von Quellen von Fakten, so zum Beispiel „nannte man ihn …“, etc. will ich gar nicht eingehen. Der Schutz „geistigen Eigentums“ ist die Position meiner Fraktion und wird von ihr und mir als Teil des allgemeinen Eigentumsrechts verstanden. Das Grundgesetz, der Vertrag von Lissabon (einschließlich der Charta der Grundrechte der Europäischen Union) und auch der Entwurf des Verfassungsvertrages schützen das Eigentum und seine Sozialpflichtigkeit. Diese Position habe ich stets vertreten, teilweise daran mitgewirkt. Sie dagegen verstoßen mit Ihrer Position gegen das Grundgesetz. Lassen Sie bitte Verschwörungstheorien, die keine sachliche Basis haben. Auch das Wort „angeblich“ nimmt Sie nicht von der Wahrheitspflicht aus.

Mit freundlichen Grüßen
Elmar Brok, MdEP
Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten

Hinweis: zu den Vorschlägen der Piraten für ein zeitgemäßes Urheberrecht kann man sich auf http://wiki.piratenpartei.de/AG_Urheberrecht informieren

[Schreibt!]

Die Redaktion freut sich auf Zuschriften und Anregungen: sendet sie an kontakt@denk-selbst.org . Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

VS. VOLLPROGRAMM KERNPROGRAMM

Firmen haben Generalisten und Spezialisten. Daran muss ich immer denken, wenn mal wieder „gemeckert“ wird wegen dem Programm der Piraten.

Die Piraten haben im Gegensatz zu vielfältiger Behauptung ein Programm, allerdings bin ich mir nicht sicher, ob wir dies – von der angeblichen öffentlichen Meinung getrieben – erweitern müssen.

Im Prinzip liefert das Kernprogramm schon die Antwort auf alle Fragen. Natürlich nicht 42, wie man natürlich auch in den Raum werfen könnte, sondern Beteiligung.

Wo findet sich der Ausweg aus der Euro-Krise? Natürlich in den Köpfen von uns Europäern, die wir hier ungeachtet unseres rechtlichen Status leben. Stellt den Menschen die Informationen transparent zur Verfügung, lasst sie mit an der Lösung arbeiten und die Lösung wird sich von selbst finden.

Außerdem: was soll daran so schlimm sein, in einem Meer aus Generalisten im Boot der Spezialisten zu sitzen?

[Transparenz]

Transparenz scheint nicht so ganz einfach zu fassen zu sein. So zeigt zumindest meine Erfahrung. Heißt Transparenz, dass alles sofort und unmittelbar allen zugänglich sein muss? Selbstverständlich ist dies nicht die Bedeutung von Transparenz. Vielmehr heißt Transparenz, dass politische Prozesse für die Öffentlichkeit einsehbar und nachvollziehbar sein muss. Der Gedanke, der Antrieb entsteht schließlich auch intransparenter Weise zuerst im Kopf, wo keiner Einblick nehmen kann. Diese Idee muss sich unter Umständen auch erst einmal entwickeln. Dies kann auch durchaus auf einem Blatt Papier oder in einem geschützten Pad geschehen.

Wichtig ist bei Öffentlichmachung, dass die Schritte zu der Idee nachvollziehbar transportiert werden. Genauso, wie die Schritte zu einer Entscheidung. Was ebenfalls wichtig ist, ist die Transparenz vom Datenschutz abzugrenzen, sprich auch ein Politiker muss sein Privatleben nicht an die Öffentlichkeit tragen. Wer dies fordert, hat sich vermutlich nicht intensiv genug mit den Gegensätzen Datenschutz und Transparenz auseinandergesetzt.

ULRICS

Korrektur

Wir haben einen Fehler gemacht in der letzten Ausgabe. Vom Umfang her war er nur klein. Es waren nur zwölf Buchstaben. Allerdings zwölf ziemlich wichtige Buchstaben. Wir haben versäumt, den Namen eines Autors anzugeben. Hiermit entschuldigen wir uns ausdrücklich bei Monika Pieper (MdL), der Autorin des Artikels zur Inklusion.

Foto: CC BY-SA-wikipedia

„Ein Missionar des Mittelalters erzählte, dass er die Stelle entdeckte, wo Himmel und Erde sich treffen. Er fand einen Lücke, wo sie nicht fest verschweißt waren. Dort konnte er zum Himmel hindurch, indem er seine Schultern unter das Himmelsgewölbe beugte.“

Camille Flammarion: L’Atmosphère, Paris 1888, Seite 162

AUF DER SUCHE NACH WERTEN

Unter welchem Motto steht die nächste Kaperfahrt?

CC ZERO STEFAN MÜLLER

Der Holzschnitt erschien 1888 als Illustration inmitten des populärwissenschaftlichen Buches „L’atmosphère“. Autor war der bekannte Astronom und Gründungspräsident der Société Astronomique de France: Camille Flammarion.

Die Darstellung zeigt einen Menschen, der am Horizont, dem Rande seiner Welt, mit den Schultern in der Himmelssphäre steckt und in ihre bislang so verborgenen Wunder blickt.

Es ist eine Karikatur auf die mittelalterliche Sicht der flachen Erde. Noch im 20. Jahrhundert hielt man Flammarions Holzschnitt häufig für die authentische Darstellung eines mittelalterlichen Weltbildes, weiß die gemeinschaftlich verfasste Enzyklopädie „Wikipedia“. Geschichtsbücher der 1980-er Jahre trugen diesen falschen Fakt sogar in den Schulunterricht! Gedrucktes stimmt also nicht immer, und falsche Ideen haben oft ein langes Leben. Jahrhundertelang.

Heute stehen wir am Rand der analogen Welt. Manche haben schon über den Rand geblickt.

Im Zuge der Digitalen Revolution aller Lebensbereiche sind trotz aller Lippenbekenntnisse die Würde und die Freiheit des Menschen in bisher ungeahnter Art und Weise gefährdet. Dies geschieht zudem in einem Tempo, das die gesellschaftliche Meinungsbildung und die staatliche Gesetzgebung ebenso überfordert wie den Einzelnen selbst. Gleichzeitig schwinden die Möglichkeiten, diesen Prozess mit demokratisch gewonnenen Regeln auf der Ebene eines einzelnen Staates zu gestalten dahin.

Die Globalisierung des Wissens und der Kultur der Menschheit durch Digitalisierung und Vernetzung stellt deren bisherige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen ausnahmslos auf den Prüfstand. Nicht zuletzt die falschen Antworten auf diese Herausforderung leisten einer entstehenden totalen und totalitären, globalen Überwachungsgesellschaft Vorschub. Die Angst vor internationalem Terrorismus lässt Sicherheit vor Freiheit als wichtigstes Gut erscheinen – und viele in der Verteidigung der Freiheit fälschlicherweise verstummen.

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft. Nur auf ihrer Basis kann eine demokratische, sozial gerechte, freiheitlich selbstbestimmte, globale Ordnung entstehen. Sagt die Präambel des Grundsatzprogramms der Piratenpartei Deutschland.

ZAHLEN STATT GEFÜHLE

Nicht nur unsere Wirtschaftswelt, auch der Politik- und Mainstream-Medienbetrieb ist zahlen-besessen. Es wird gerechnet, gezählt, in Excel-Sheets getippt. Was dabei nur zu oft an zweiter Stelle kommt, sind die Menschen und ihre Emotionen. Auf maßlose Art und Weise wird die wissenschaftliche Methodik auf soziale Prozesse angewendet. Natürlich sind quantitative Verfahren berechtigt. Doch wo bleibt Raum für das Zufällige und Unberechenbare?

Der Wirtschaftswissenschaftler Hans Jörg Hennecke von der Universität Rostock bringt dies auf den Punkt (Frankfurter Allgemeine 31.12.2012, Die vermessene Wirtschaft, Seite 12): „Man betreibt die Vermessung der Welt, ohne sie wirklich zu verstehen. Der Preis für diesen Perfektionismus der genauen Methode ist eine Verengung des Gesichtsfelds."

Diese allgemein verbreitete Haltung, so Hennecke, geht gerne an den Kernproblemen des Regierens und Führens vorbei. Sie führt zu Sprachlosigkeit, Weltabgewandtheit und Selbstbezüglichkeit. Das alles hilft nicht, wenn fundierte Entscheidungen getroffen werden müssen.

Es ist ein Problem unserer Zeit: auf EU-Ebene erleben wir Institutionen, die geradezu organisierte Verantwortungslosigkeit in ihren Genen tragen. Wer etwas länger bei den Piraten und in Sachen Netzpolitik unterwegs ist, erinnert sich nur allzugut an die zahlreichen Versuche, über den europäischen Weg die im Bundestag nicht möglichen Entrechtungen einzuführen. Hennecke kritisiert so nicht nur die „Rettungspolitik" im „Europäischen Stabilisierungs-Mechanismus" (ESM), übrigens ein sehr vertrauenserweckendes Akronym, sondern die fortgesetzten Verstöße gegen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Subsidiarität, also den lobenswerten Ansatz, Politik auf unterstmöglicher Ebene zu machen statt zentral von Brüssel/Straßburg aus. Transparenz wird in der EU nicht gerade großgeschrieben.

Hennecke fordert den Wandel zu Personalismus. Dezentrismus, Subsidiarität, Sinn für implizites und verstreutes Wissen, die Wertschätzung von Praxis und Erfahrung und die Kopplung von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung.

Wer andere „klarmachen zum ändern" will, muss sich vielleicht erst einmal selbst klarmachen und dann mit Ach und Krach Änderungsprozesse anschieben.

DIE UMFRAGE

Piratenstammtisch Köln, Mitte November 2012. Etwa fünfzig Piraten aus Stadt und Umgebung in der Großkneipe Herbrand's im linksrheinischen Köln-Ehrenfeld. Auch mehrere Mandatsträger aus der Piratenfraktion im NRW-Landtag sind gekommen. Angekündigt ist ein Vortrag zu „Piraten: Dauerbrenner oder Strohfeuer?", eine Studie, die Marktforscher vom „Salber-Institut" pro-bono, auf eigene Initiative, verfasst haben.

Viel wurde in 2012 gesagt und geschrieben über die phänomenalen Erfolge der Piratenpartei, heißt es in der Einladung. Zuletzt zogen die Polit-Neulinge scheinbar mühelos in vier Landesparlamente ein, die Umfragewerte näherten sich der 15-Prozent-Marke: Im April 2012 lagen die Piraten landesweit bei 13 Prozent. Zum Ende 2012 rutschten sie auf 3 Prozent ab. Was steckt hinter dem einzigartigen Auf- und Abstieg der neuen Partei?

Die Piraten haben mit ihren neuartigen Themen und ihrem erfrischenden Politikstil die etablierten Parteien in Angst und Schrecken versetzt. Zwar ging zwischenzeitlich die Unterstützung angesichts interner Querelen abhanden. Dies kann sich jedoch ebenso schnell wieder ändern.

Die einen versprechen sich von der jungen Partei genau das, was sie schon immer von der Politik erwartet haben. Die anderen halten sie für überflüssig oder schädlich und würden sie am liebsten verschwinden sehen. Doch alle Einschätzungen, ob von Bürgern, Journalisten oder sogenannten „Experten", kratzen lediglich an der Oberfläche.

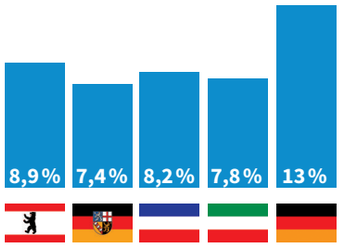
Hier wollten die tiefenpsychologischen Interviews des Salber-Instituts ansetzen. Sie fragten: Was steckt hinter den Erfolgen der Piraten? Welche hohen Erwartungen haben sie bei ihren Wählern geweckt und wie können sie diesen Erwartungen gerecht werden? Welche Chancen eröffnen sich für die Piraten und welche Klippen müssen sie auf dem Weg zu ihren Zielen überwinden? All dies sind grundlegende Fragen, die viel tiefer reichen als die üblichen Pressegeschichten über Machtkämpfe, mit oder ohne Socken zu Lanz, und vermeintlich klaffende Programmlücken.

K-NUT

[Freiheit]

Freiheit ist im Prinzip das Wichtigste, es ist aber nicht nur singulär in eine Richtung, es ist nicht nur die Freiheit, sich zu entscheiden, sondern auch die Freiheit, sich nicht zu entscheiden. Beziehungsweise: Freiheit ist universeller, das heißt, dass man in der Lage ist, einen Weg zu erkennen, egal in welche Richtung er führt. Und trotzdem sich für die Vernunft entscheiden, den richtigen Weg einzuschlagen und nicht meinen, nur weil man frei ist, muss man alle möglichen Wege einschlagen, auch wenn man glaubt, dass sie falsch sind. Dass heißt: die Einsicht in das Richtige. Und das gepaart mit einem Problembewusstsein. Das heißt, dass die Gemeinschaft, in der ich diese Freiheit ausüben kann, dass ich auch weiß, dass ich mich für die Gemeinschaft entscheiden muss. Dass ich mich nicht als Individuum nach vorne drängel, sondern auch die Freiheit habe mich gegen die Gemeinschaft zu entscheiden, aber zu wissen, dass das eigentlich doof ist – und mich für das Richtige zu entscheiden, und zwar für die Interessen der Gemeinschaft – Dass ich praktisch davon profitiere, dass die Gemeinschaft davon profitiert. Und ich mich nicht selber auf Kosten der Gemeinschaft bereichere. Das ist für mich wahre Freiheit.

In einer empirischen Studie analysierten die Psychologen Chancen und Risiken der Piraten-Partei. Nachdem die Piraten einem breiten gesellschaftliches Unbehagen über dem, wie die Dinge so laufen in dieser Republik, eine sehr präsente Relevanz gaben, scheinen sie jetzt bei Entwicklung konkreter Konsequenzen zu versagen.



Aufstieg der Piratenpartei in Zahlen

- 8,9 % Berlin, 09/2011
- 7,4 % Saarland, 03/2012
- 8,2 % Schleswig-Holstein 05/2012
- 7,8 % Nordrhein-Westfalen 05/2012
- ca. 13 % national, 04/2012

Fast jeder dritte Deutsche konnte sich vorstellen, sie zu wählen (30 %). (Spiegel 17/2012)

Nach aktuellen Umfragewerten jedoch nur noch jeder dritte unter 100 Wählern (3 %).

Als Untersuchungsmethodik wählten die Meinungsforscher lange Tiefeninterviews. Diese zweistündigen Gespräche zum Thema „Piraten-Partei" zeigten: Politik ist trotz Enttäuschung immer noch ein sehr emotionales Thema. Bilder und Gedanken hierzu sprudeln aus den Befragten nur so heraus. Die Redeweise ist engagiert bis wütend, der Redefluss ist kaum zu stoppen. Die Bürger ergreifen bereitwillig die Gelegenheit und kotzen sich mal so richtig aus, notierten die Psychologen. Harmlos war noch dies: „Ich denke jedes Mal, wenn ich unsere Politiker sehe: das sind die Leute, die bestimmen sollen – erschreckend!"

- Zum einen beschäftigen die Menschen massive Existenzängste gegenüber dem Chaos in dieser Welt: auch im reichen Deutschland steigt die Angst ums täglich Brot, um das eigene Überleben! Wachsende Ohnmachts-Gefühle bedrücken. Das Grundvertrauen in Wirtschaft und Politik schwindet, das essentiell für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Niemand hat mehr den Durchblick.

- Zum anderen wird Staatsversagen auf breiter Front registriert. Die Parteien sind weitestgehend gleich. Etablierte Parteien, besonders „Arbeiterpartei" SPD und „Christdemokraten" CDU, haben ihre Herkunft vergessen. Die einen verrieten ihre Wähler mit „Hartz IV", die anderen schafften die Atomkraft ab. Der lobbydurchsetzte Staat wird Erfüllungsgehilfe der Wirtschaft, wo gerettete Banker sich direkt per Telefon über Ermittlungen beschweren: ein abgehobener, verselbständigter Machtapparat statt volksnaher Demokratie treibt Wähler und Nichtwähler um!

- Unterdessen köchelt der Generationenkonflikt. Rentner, alternde Babyboomer grasen die Ressourcen ab, zerstören den Lebensraum, lassen Nachwuchs nicht ans Ruder. Dafür erzeugen sie massive Schuldenberge. Die Jungen sehen sich in ihrer Entwicklung von der Übermacht der Alten gehemmt. Einer sagte zum Forscherteam: „Ich werde eines Tages ziemlich lange arbeiten dürfen – bis Siebzig. Das ist ungerecht!"

Überhaupt die Erstarrung: „Die Ruhe vor dem Sturm – ein Hurrikan, und keiner weiß, aus welcher Richtung er kommt, und wie man damit umgeht!". Die Interviewten sehen verschärfte lokale und globale Krisen für Wirtschaft und Umwelt. Sie stört, dass die Politik da viel zu passiv ist oder sogar „fröhlich mitmischt". Da kommt eine gewisse Lust am Untergang auf. Der System-Crash wird erwartet, fast schon erhofft.

Auftritt der Piraten: sie greifen die Entfremdung der Bürger gegenüber Staat und Wirtschaft auf und versprechen einen Wandel. Aber wie? Die Befragten erklären das mit ihren Worten:

- Die Piraten sehen sie als offene und menschliche Familie: „Alles allen zugänglich, und jeder kann mitarbeiten, selbst verändern." Jeder ist willkommen, alles ist möglich, wir halten zusammen. Symbolisch verankert ist das für externe Beobachter in der exzessiven Facebook- und Twitter-Nutzung.

- Fasziniert sehen sie das große Versprechen, die Demokratie durch ausgesprochene Nicht-Politiker zu erneuern. Da finden Tools für eine „multimediale Basis-Demokratie" á la Liquid Feedback eine hohe Resonanz bei Piraten-Sympathisanten. Sie freuen sich über menschlichen Austausch und Auseinandersetzung statt lebensferner Abstraktionen der Altparteien. Smartphones und Internet sind die Symbole dafür.

- „Die sind als Einzige auf dem neuesten Stand, was die Jungen wollen" sagen Befragte über Piraten. Sie sehen Parteinahme für das Werdende, die freie Entfaltung fördern und unterstützen. Die Jüngeren mit ins Boot holen und ans Ruder lassen. Hier hat das bedingungslose Grundeinkommen eine hohe Strahlkraft!

- Im Kleinen anfangen und einfach mal probieren, das gefällt vielen an Piraten. Die Etablierten sind da eher risikoscheu. Piraten wird zugetraut, etwas in Bewegung zu setzen und in die Gänge zu kommen. Symbolisch verankert ist das im fahrscheinlosen Nahverkehr.

Statt die erstarrten Gewalten anzugreifen, üben sich die Piraten jedoch zu oft in vorauseilendem Gehorsam und twittern sich gegenseitig nieder. Das enttäuscht viele Sympathisanten: „Es ist schwierig, eine Meinung zu finden, wenn sich nicht

MARIO TANTS

[Privatsphäre]

Mir ist der Schutz der Privatsphäre sehr wichtig, also der Schutz gegen Eingriffe vom Staat oder von Unternehmen. Das war einer der Gründe, warum ich 2009 in die Piratenpartei eingetreten bin. Es gab viele andere aber das war einer der wichtigsten. Das ist auch heute noch so. Privatsphäre wird an allen Ecken und Enden angegriffen, der Staat möchte immer mehr Informationen über seine Einwohner sammeln. Unternehmen sammeln immer mehr Informationen über Einwohner, es hat diesem Staat noch nie gut getan, zu viel über seine Einwohner zu wissen. Grundsätzlich ist jeder zukünftige Angriff auf die Privatsphäre abzulehnen und abzuwehren. Es gibt immer wieder Einschränkungen. Wo diese jetzt und in Zukunft gemacht werden sollen, sollen wir vehement dagegen angehen. Dafür stehen wir auch meines Erachtens nach wie vor und das ist für mich wichtig.

jemand über die anderen erheben darf.“ Oder kritisieren den „Auftritt von einem, der hat permanent getwittert während der Talkshow – da leidet die verbale Kommunikation.“ Piraten seien „verwöhnte Kinder, die ständig ihr Taschengeld erhöht haben wollen“ und warnen: „wenn keine neuen Konzepte kommen, wird der Erfolg schnell verpuffen.“

Nun also: was tun? Das empfehlen die Marktforscher vom Salber-Institut:

1. Auf das Wohl der Mehrheit konzentrieren: Konkrete Taten, die dem „Wohl des Volkes“ dienen und für den System-Wandel stehen. 12 Forderungen sind besser als ein langes Programm.

2. Nur Politik machen, die verständlich ist. Internet-Technologie als Symbol für soziale Beziehungen nutzen – statt Technik-Fetischismus als Selbstzweck.

3. Halt in der Bewegung finden und geben: Offen sein für neue, auch nicht perfekte Lösungen. Kein festes Programm erstellen, keine Bürokratie aufziehen.

4. Käptns und Galionsfiguren wählen, der vielleicht umstrittenste Ratschlag. Nach Ansicht der Forscher braucht die Piraten-Familie bessere Familienstrukturen: Herausgehobene Väter und Mütter, die die gesamte Familie fördern und fordern.

[Liberalität]

Der Lieblingswert, den ich bei den Piraten habe, ist schlussendlich die Liberalität, die Piraten meiner Meinung nach ausstrahlen. Darunter verstehe ich, dass wir prinzipiell keine Denkverbote haben, dass wir gern Wege gehen, die vielleicht auch mal unorthodox wirken und die auf den ersten Blick vielleicht nicht ganz gangbar sind, Aber wenn man dann noch mal dahinter schaut, ist es nicht unbedingt eine schlechte Idee. Und das kann man auf verschiedene Themen abstrahieren. Sei es nun, dass man sagt, das Transparenz prinzipiell ja nicht so einfach ist, dass es nicht so einfach ist, Beteiligung zu realisieren, Das ist aber auch auf der anderen Seite nicht so einfach ist, politische Themenfelder mal aus einem anderen Betrachtungswinkel zu sehen und diesen Betrachtungswinkel dann auch wirklich aufzunehmen: die „Blickwinkel-Kanone“ ist quasi so ein bisschen das Symbol, dass ich da sehe. Wir dürfen auf der anderen Seite aber auch nicht vergessen, dass wir uns immer einen gewissen Richtlinien halten müssen, an denen wir uns orientieren sollen. Wir können auch gerne den Rechtsstaat neu überdenken, aber dennoch solltest ein Rechtsstaat in einer Demokratie bleiben. An gewissen Grundwerten, am Grundgesetz sollten wir auf jeden Fall festhalten.

CHRISTOPHER LANG

Eine interne Auseinandersetzung über politische Ziele tut not: das bedeutet, bequeme Illusionen hinter sich lassen und dafür echte Problemlösungen im Sinne der Bevölkerung erkämpfen und so den Menschen helfen.

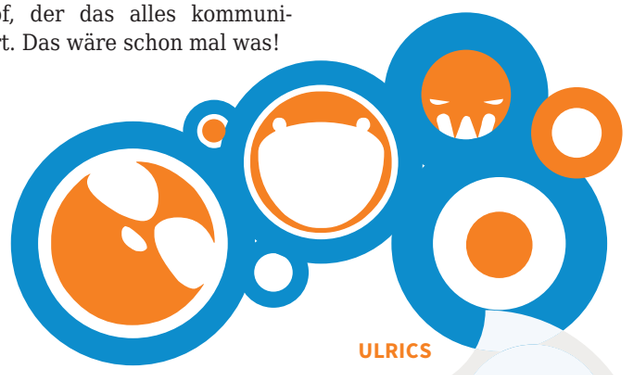
Ausguck

Wohin soll die Kaperfahrt führen? Direkt auf die Sandbank? Oder auf die windstille See, während die Kreuzer der „Alten“ mit vollem Showprogramm triumphierend vorbeituckern – oder mit einer steifen Brise ab zur nächsten Prise? Um da mal ein paar Piratenmetaphern zu bemühen.

Auch wenn den Parteianhängern ein grandioses Talent für Wahlkampf nachgesagt wird, müsste sich ganz oben, bei der Vision, bei der Wertewelt, etwas weiterentwickeln.

Aus den Erfahrungen des letzten halben Jahres hat sich gezeigt: Themen sind es nicht alleine. Es braucht auch gemeinsam geteilte Werte als solide Basis. Da hat sich bisher niemand die Mühe gemacht, das in Kleinarbeit auszuformulieren und unter Piraten zu tragen. Und es braucht selbstredend Köpfe, die diese Werte und Themen glaubwürdig vertreten.

Die Werte als Standbein, die Themen als Körper und den Kopf, der das alles kommuniziert. Das wäre schon mal was!



ULRICS

[Beteiligung]

Ich beschäftige mich derzeit intensiv mit den Möglichkeiten der Beteiligung. Mir ist dabei klar geworden, dass viele fälschlicherweise von Bürgerbeteiligung reden. Dabei handelt es sich bei der Gruppe der Bürger um jene der Wähler. Junge Menschen und Menschen mit einer anderen Nationalität sind von diesem Begriff automatisch ausgenommen. Der Begriff Einwohner umfasst dagegen alle Personen, die in einem bestimmten Bereich leben. Ich halte es für fatal, die Beteiligung nur auf die Personen auszudehnen, die auch wählen dürfen und die Meinungen der anderen zu ignorieren. Es ist natürlich auch möglich, dass hier nur die falschen Begrifflichkeiten mangels Kenntnis verwendet werden. Wenn also Politiker den Begriff Bürgerbeteiligung in den Raum schmeißen, sollten alle hinterfragen, wie intensiv diese sich überhaupt mit dem Thema Beteiligung beschäftigt haben.

KATHARINA NOCUN, TWITTER: @KATTASCHA

[Datenschutz]

Datenschutz wird als Grundrecht in den nächsten zwanzig Jahren an Bedeutung gegenüber anderen Grundrechten gewinnen, denn immer mehr Vorgänge unseres Alltags haben mit Daten zu tun. Das fängt an, wenn wir morgens aufstehen und unser Handywecker klingelt, geht weiter wenn wir uns mit dem Telefon in der Tasche dann fortbewegen – und unbewusst Bewegungsprofile erstellt werden. Wenn wir uns mit Leuten vernetzen, kommunizieren, dann oft über das Netz. Deshalb müssen wir die Kontrolle darüber haben, was für Daten wir in unserer Umgebung hinterlassen und wer Zugriff auf diese Daten hat. Wer viel über mich weiß, auch private Sachen, hat viel Macht über mich. Wir müssen Unternehmen und Staat ist auf die Finger klopfen und Gesetze schaffen, die uns unsere Privatsphäre auch im digitalen Zeitalter erhalten.

Was mich stört: Datenschutz wird oft als Randproblem oder Luxusproblem abgetan. Ich glaube aber, dass wir uns als Gesellschaft das überhaupt nicht leisten können. Datenschutz ist viel zu wichtig für den Alltag der einzelnen Bürger. Die Datensammelwut von Behörden und Staat stört mich da ganz besonders. Wir hatten im vorletzten Jahr die Diskussion um „ELENA“, den elektronischen Entgeltnachweis, wo es um die Überwachung von Arbeitnehmern ging. Wir haben jetzt die Debatte über eine elektronische Gesundheitskarte, wo es um die Überwachung von Krankenversicherten geht, wir haben Chips in unserem Personalausweis. In unserem Reisepass sind sogar Fingerabdrücke drauf. Das ist ein schleichender Prozess, dass der Staat immer mehr Daten selbstverständlich einfordert. Obwohl ich es keinesfalls als selbstverständlich sehe, dass der Staat soviel Eingriffsbefugnis in meine Privatsphäre haben soll.

KEVIN PRICE

[Transparente Demokratie]

Transparenz ist mein Thema. Wir wollen ein Transparenzgesetz: zusehen was der Staat tut, damit wir Demokratie richtig leben können. Demokratie ist nämlich mein Wert, für den wir Transparenz brauchen. Die Menschen sollen ja eine Entscheidung mittragen. Ich kann mit einer unangenehmen Entscheidung leben, wenn ich mich vorher mit Argumenten und Stimme beteiligen konnte. Entscheidungen ohne Mitmach-Demokratie sind immer schlechter, als wenn man so viel wie möglich Meinungen hört. Damit diese Meinungen sich überhaupt erst bilden können, ist Transparenz notwendig.

Die Hamburger haben es genau richtig gemacht: Das Transparenz-Gesetz ist da sogar selbst auf Bürger- und Volksbegehren hin entstanden. In Niedersachsen haben wir derzeit nicht einmal ein Informationsfreiheitsgesetz. Wir gehören da zu den erbärmlichen Schlusslichtern in Deutschland. Unser Land sperrt das Wissen im Hinterzimmer ein. Nicht mal auf Antrag können Bürger einsehen, mit wem der Staat Verträge abschließt. Das ist Nährboden für Filz schlechthin, und ich bin überzeugt, dass dieser Filz auch stattfindet.

Illus: CC BY-CreateSk8/art*design

DIE ANDEREN

Wie Konzern-Außenminister Christoph Keese für ein Verleger-Spezialrecht die Fakten verdreht

CC ZERO STEFAN MÜLLER

Früher hieß es “Enteignet Springer”. Jetzt enteignet der Konzern zurück. Oder versucht es. Dabei ist die Wahrheit, wie bei Big Oil & Big Tobacco, allererstes Opfer.

Besonders viel Propaganda in eigener Sache liefert der wirtschaftlich höchst erfolgreiche Großverlag durch seinen Konzerngeschäftsführer „Public Affairs“ Christoph Keese. Er springt nach Art des Hauses großzügig und polemisch mit Fakten und Gegnern um. Vielschreiber Keese füllt fleißig sein „privates“ Blog auf http://www.presseschauder.de/. Unter anderem mit Pro-Leistungsschutzrecht-für-Presseverlage-Content. Merkmal: „… das übliche, nah an der Demagogie befindliche Verdrehen der Realität, das aus den Worten von Springer-„Außenminster“ Christoph Keese spricht“, ätzt Medienjournalist Thomas Knüwer.

Presse-Recht
Darum gehts: Was die Verlage mit dem Internet-Standard „robots.txt“ nicht bekommen, ist ein Hebel, mit dem sie Google, Jedermann-Bloggern und Facebook-Nutzern Lizenzgebühren diktieren können. Diesen Hebel bekommen sie erst, wenn sie das geforderte Presse-Leistungsschutzrecht (LSR), eine dann halbautomatisch mögliche Verwertungsgesellschaft und für die marktführende Suchmaschine Google einen gesetzlich geregelten Zwang zur Integration der Presseerzeugnisse erhalten.

Piraten lehnen das ab. Ein Erfolg der Piratenfraktion im Landtag Schleswig-Holstein war der Antrag gegen das LSR, er wurde im Innen- und Rechtsausschuß gemeinsam mit den Stimmen von SPD, GRÜNE und SSW angenommen.

Foto: CC BY-NC-ND Piotr Bizior / StockXchange

Einseitig
Auch andere Pressemedien wie die „Frankfurter Allgemeine“ (10-20 Millionen Euro Verlust in 2012) bekleckerten sich nicht mit Ruhm. Hier wurde zunächst sehr einseitig, dann spät gegen Jahresende 2012 ein LSR-ablehnender Leserbrief gedruckt und endlich über die vernichtend-kritische Position des Max-Plank-Institut berichtet: „Gesamthaft betrachtet scheint der Regierungsentwurf nicht durchdacht. Er lässt sich auch durch kein sachliches Argument rechtfertigen.“ Und so weiter.

Nur durch das permanente, hochbezahlte Lamentieren von Christoph Keese und anderen bleibt das ungeliebte Schutzrecht in der Diskussion, mit dem Verlage sich selbstgerecht – wie es in der Natur von Zwischenhändlern liegt – fremde Leistungen aneignen wollen, ohne das den Schöpfern zu vergüten.

Die Anfragen
In der letzten Ausgabe vom Kompass (2012.4) hatte ich einen Test gestartet. An insgesamt 13 Stellen des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks hatte ich Anfragen zum Thema Informationsfreiheitsgesetz (IFG) gestellt. Mit den IFG können Informationen öffentlicher Stellen angefordert werden. Nur in elf Bundesländern gibt es solch ein Gesetz. Bei fünf Anfragen gab es keine Reaktion. So reagierte der saarländische Rundfunk nicht, obwohl nach dem Saarländischen IFG der Rundfunk zur Auskunft verpflichtet sein dürfte. Bei fünf der Antwortenden war unbekannt oder unklar, wofür IFG steht. Alle eingegangenen Antworten erfolgten innerhalb eines Zeitfensters von einem Monat.

Die Sender wimmeln ab
Vom SWR bekam ich die Antwort, eine Auskunft nach dem IFG würde die Presse- bzw. Rundfunkfreiheit einschränken. Auf eine Rückfrage, wodurch das passieren sollte, wurde mir leider nicht mehr geantwortet. Wer diese Frage beantworten kann, darf mir dies durchaus schreiben.

Im IFG von Schleswig-Holstein steht keine Ausnahme für den ÖRR, also dürfte der NDR zur Auskunft verpflichtet sein. Die Antwort vom NDR lautete sinngemäß, ich soll doch selbst auf deren Seite suchen, sie könnten mir wegen Personalmangel nicht antworten. Ich habe mal gesucht, aber nichts zu Anfragen nach IFG an den NDR gefunden. Der RBB hat anscheinend gar nicht verstanden, was ich wollte und schrieb auf meine Erklärung zur Abkürzung IFG „… keine Rückfragen zum Informationsschutzgesetz …“ Mir erscheint dies als Mangel an Sorgfalt.

Die GEZ gibt an, dass keine Auswertungen zu diesem Thema stattfänden. Dies antwortete sinngleich auch der WDR.

Fazit
Insgesamt finde ich das Ergebnis ziemlich durchwachsen. In einigen Fällen hätte ich mich durchaus an die jeweiligen Informationsfreiheits-Beauftragten wenden können. Das Thema ist natürlich deutlich umfangreicher und kann in der Kürze nicht dargestellt werden. Ebenfalls habe ich mich gefragt, ob das Petitionsrecht nicht auch für den ÖRR gilt. Jeder kann gerne selbst mal Petitionen (an alle) oder Anfragen nach IFG (eingeschränkt) an die verschiedenen Sendeanstalten schicken und schauen was passiert.

Erfolge im Tagesgeschäft

Johannes Thon über große und kleine Piraten-Erfolgserlebnisse, die in den Mainstream- und Sensationsmedien gerne unter den Tisch fallen

Illu: CC BY Vektorroom/art*design

Was sind für Dich die größten Erfolge der Piraten?
Also meine Erfolge von den Piraten sind verknüpft mit persönlichen Highlights und auch mit dem Überwinden von persönlichen Krisen und Tiefen, die mit der Piratenpartei zu tun haben. Für mich ein ganz persönlicher Erfolg war die vorgezogene Saarland-Wahl im März 2012. Wir haben von Rheinland-Pfalz aus unterstützt, standen mit auf der Straße, haben versucht organisatorisch zu entlasten, denn der saarländische Landesverband ist ja nicht so groß.

Im Saarland haben sich letztes Jahr im Zuge des Wahlkampfes Kreisverbände gegründet. Hat sich so die Struktur verbessert?
Dazu muss man wissen, dass die Saarländer grundsätzlich unaufgeregte Zeitgenossen sind. Bei Unstimmigkeiten hat man sich zusammengesetzt, und überlegt: wie kann man das am besten heilen. Kreisverbände im Saarland sind Wahlbezirke, die mussten sie gründen, weil wegen Wahlrecht Kreislisten beziehungsweise Bezirkslisten vor der Landesliste stehen. Spitzenkandidatin Jasmin Maurer etwa war in der Landesliste auf Platz 1, aber auf ihrer ureigensten Bezirksliste „nur“ Platz 2, obwohl das eigentlich die wichtigere Liste gewesen wäre. Ich habe festgestellt, das ist jetzt eine ganz subjektive Meinung, dass alle Landesverbände mit Fraktionen sich professionalisiert haben. Da steht eher die Sacharbeit im Vordergrund. Grundsätzlich muss ich sagen: aus meiner Zeit als Beisitzer in Rheinland-Pfalz war eine Kreisverbandsgründung an ein bis zwei Stellen ein Fehler. Da hat das nicht zur Stabilisierung beigetragen, sondern eher, dass Leute vergrault worden sind. Es kann gutgehen, aber auch ganz furchtbar schiefgehen.

Zurück ins Saarland. Siehst du aufgrund der besonderen Sozialstruktur eine bessere Möglichkeit der Zusammenarbeit als in anderen Bundesländern?
Ja natürlich. Zum einen ist das Saarland ja gebietsmäßig relativ klein, da kennt jeder jeden mehr oder weniger. Die Wege sind kürzer. Ich denke, wenn man nicht den Bedarf durch die Wahl hätte, wären da Kreisverbände erstmal nicht gebraucht worden. Die andere Seite ist: Saarländer sind meist sehr sachorientierte Leute. Da gibt’s zwar auch den einen oder anderen Aufreger, weil es da auch natürlich „Trolle“ gibt (Provokateure, mit der Absicht, Aktiven die Zeit zu stehlen oder so zu entnerven, dass sie aufhören – Anmerkung der Redaktion), aber im Groben und Ganzen ist mit Saarländern zu arbeiten. Die hören dir zu, die sagen dir aber auch ganz genau, wenn ihnen was nicht passt. Wohl aufgrund ihrer Bergarbeiter-Tradition sind sie auch in ihrem Vereinsleben viel enger zusammen. Das funktioniert da alles schon auf kurzem Wege. Das birgt natürlich auch die Gefahr, dass wenn es mal Zoff und Krach gibt, sich das dann schneller ausbreitet. Aber genauso schnell legt sich das auch wieder. Kleinere geschlossene Strukturen scheinen dann doch besser zu sein.

STRUKTUREN ENTSCHEIDEN

Gegenentwurf ist natürlich Berlin. Berlin ist ein Riesen-Landesverband. Dort haben sie sehr viele Mitglieder (3.760, davon 1.770 stimmberechtigt). Manche Bezirksverbände sind größer als der Landesverband Saarland. In Berlin ist das ein ganz anderes Arbeiten. Da hat sich die Fraktion auch anders aufgestellt. Dadurch, dass die Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) besetzt werden mussten, als sie damals mit 8,9 Prozent ins Abgeordnetenhaus einzogen, wurden plötzlich nahezu alle aktiven Piraten zu Funktionären oder Abgeordneten oder wie auch immer. Das hatte ganz fatale Folgen für die Basis. Wenn plötzlich mehr oder weniger die komplette Basis eines Landesverbandes funktionell eingebunden ist, fehlt die Basis als Regulativ. Da sind wir in einer Lernphase, die wir absolvieren müssen, das sind harte Zerreissproben.

Und dazu kommt natürlich auch, dass wir an einer bestimmten Stelle mit politischen Kräften zu tun bekamen, die neu in die Partei geflossen sind. Vor allem aus anderen Parteien; aus Enttäuschung oder warum auch immer. Da ist der piratige Kern, wie ich ihn immer empfunden habe, dass die Piraten doch eher ein Tool oder eine Plattform als eine Ideologie sind, übervölkert worden. Das war dann diese Neu-/Alt-Piraten-Diskussion. Neu-Piraten wollten mit ihrer bestehenden politischen Ideologie andocken, weil sie den entsprechenden politischen Hintergrund hatten. Sie haben aber dann keinen Punkt zum Anknüpfen gefunden.

Kommen wir nun zu den politischen Themen der Piraten. Es sind ja jetzt gerade zum Jahresende 2012 einige Themen aus Piratensicht erfolgreich abgearbeitet. ACTA an sich ist endgültig weg, die neuen GEMA-Tarife sind gestoppt, die ganze Urheberrechtsdiskussion wurde durch das Wirken der Piraten überhaupt erst in die Öffentlichkeit gezogen. Wie hat sich die Sache mit den Themen über das letzte Jahr entwickelt?
Also ACTA und alle seine Geschwister und Brüderchen stehen ja mittlerweile als Synonym für Bemühungen von Regierungen und auch der Europäischen Union, das freie, unzensierte, unreglementierte Internet in irgendeiner Art und Weise zu fassen. Das war ein verbitterter Kampf. Wir haben oft aus dem Stand Demos organisiert. Hier in Koblenz haben wir innerhalb von drei Tagen eine Demo organisiert, wo sich weit über 500 Leute auf die Straße gestellt haben. Das zeigt ja, wie tief dieses Thema in der Bevölkerung angekommen ist. Durchaus ein Verdienst der Piratenpartei. Als die größte außerbundesparlamentarische Organisation können wir andere Politiker bewegen, sich mit dem Thema überhaupt erst mal zu befassen. Für die ist Internet vielleicht „YouPorn“ und „Spiegel Online“ und das wars.

Aber die Problematik des freien Wissens- und Meinungsaustausches sehen diese Leute einfach überhaupt nicht. Immer nur die Gefahren. Dann wurden Dinge thematisch mißbraucht und instrumentalisiert. Wir erinnern uns alle noch an diese „Kinderpornographie“-Geschichte. Natürlich ist Kinderpornographie sehr verachtungswürdig, das geht gar nicht. Dies aber als Argument zu nehmen, das Internet als solches zu reglementieren, zu zensieren, finde ich sehr verwerflich. Das Internet ist nur ein Abbild des echten Lebens, die wirklichen Sauereien passieren nach wie vor dort. Das Internet macht alles nur schneller.

Da ist es uns durchaus gelungen, das Bewusstsein dafür zu schärfen und die Leute darauf zu bringen: Hier geht es um eure grundlegenden demokratischen Bedürfnisse und Rechte. Da bin ich ein bißchen stolz drauf. Und auf einmal ist ACTA vom Tisch. Da haben wir politisch gewirkt, ohne im Bundestag zu sein. Ohne großartig strukturiert und organisiert zu sein. Wir haben es aus unserer Überzeugung heraus motiviert gemacht und wir haben was erreicht. Ein ganz wichtiger Punkt, auf den man immer wieder schauen sollte, wenn es wieder mal schwer ist, Pirat zu sein.

2013 wird sich die GEMA ganz schön wundern

Das gleiche mit den Urheberrechtsdialogen, bei denen wir mit vielen Menschen gesprochen haben und das auch noch tun. Dann verlagerte sich die Diskussion, da ja die GEMA-Tarifreform vor der Tür stand. Wir sind arg Sturm gelaufen, haben die GEMA bei der einen oder anderen Lüge erwischt. Die haben schlicht die Leute auf ihren Infoveranstaltungen belogen. Ich habe es selbst persönlich erlebt. Da wurde mit Zahlen jongliert, die kein Mensch nachvollziehen kann, der Datenschutz wurde mit Füßen getreten. Die Diskothekenbesitzer müssen ihre Umsätze einer Drittorganisation mitteilen, um in eine sogenannte „Gnadenregelung“ zu kommen, wenn die Veranstaltung doch nicht so gut war. Dann hat die GEMA über einen amerikanischen Anbieter einen Newsletter geschickt, ich bekam den über eine Mailadresse, die ich nur für meine geschäftliche Korrespondenz benutze. Das fand ich datenschutzrechtlich ausgesprochen bedenklich, man hatte mich dazu nie auch nur um mein Einverständnis gefragt. Nun wurde die Tarifreform ausgesetzt. Das zeigt, dass unsere Bemühungen Früchte tragen. Aber ich bin sicher: da wird noch was kommen, die lassen nicht los. Da werden in 2013 noch Sachen von uns vorgelegt, wo sie sich verwundert die Augen reiben werden.

Beim Leistungsschutzrecht für Presseverlage sieht es genau so aus. Da sagt der Axel-Springer-Verlag gerne mal in eigener Sache die Unwahrheit (siehe „Die Anderen” auf Seite 9 in diesem Kompass). Und das ist ja dann eine ähnliche Sache, wo Lobbyisten einfach etwas herausnehmen, Dinge in den Raum werfen, mal gucken, was passiert und die Unkenntnis der Parlamentarier ausnutzen, um ihr Spezialgesetz durchzubringen.

Na ja klar. Wir erinnern uns alle an das 57-Sekunden-Meldegesetz zwecks Adressenverkauf. Das ist der Punkt, wo ich unsere Formalfoo-Piraten wirklich mag. Die sind in der Lage, solche Dinge ganz schnell herauszufinden und zu analysieren, und auf den Punkt zu bringen. Das ist, wo die Piraten als Tool wirklich funktionieren. Das müssen wir wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.

THEMEN, THEMEN, THEMEN

Über dieses „Themen, Themen, Themen“-Ding haben wir uns letzten Endes nur breit angebiedert. Wir haben damit keine großartigen Neuerungen in die Politik gebracht. Unsere großartige Vision – Bürgerbeteiligung, Basisdemokratie, Transparenz – das hat gefehlt. Wir haben den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht. Wir müssen erst unsere Strukturen und Möglichkeiten etablieren, dann folgen die ganzen Themen von alleine. Das zeigt sich auch in Stilblüten wie diesem „Frankfurter Kollegium“. Ich kann es nicht verstehen, dass ein Vorstand es nicht schafft, diese Strukturen für ein gutes Arbeitsklima zu etablieren, aber es dann extern macht und Kräfte aus der Partei herauszieht.

Da sind ja auch die „Sozialpiraten“ als internes Organ, die nicht die AG-Struktur nutzen. Es gibt ja sonst die Möglichkeit, in politischen AGs (Arbeitsgemeinschaften) zu arbeiten. Das leite ich dann mal über in die Frage: Kann man als Basispirat heute noch etwas bewegen?

Ganz schwieriges Thema, das mich seit Wochen beschäftigt. Ich bin sehr gut vernetzt. Deshalb habe ich bessere Möglichkeiten, mit meinen Anliegen anzuknüpfen, die andere nicht haben. Aber manchmal muss man, um effektiv etwas umsetzen zu können, Abkürzungen nehmen, aber das ist grundsätzlich ja nicht Sinn der Sache. Da wird Transparenz und Teilhabe teilweise falsch verstanden.

Teilhabe heißt für mich auch „Zulassen“. Wenn ein Basispirat dieses Prinzip verinnerlicht, dann hat der durchaus Möglichkeiten, zu wirken. Was sollte er tun? Er definiert sein Thema für sich. Er arbeitet das aus, sucht sich Primärquellen, Mitstreiter, und versucht dann mit diesen, Mehrheiten zu generieren und das an der richtigen Stelle, denn der Euro zum Beispiel ist kein Thema, welches im Kreisverband zur Entscheidung kommt.

Für mich ist durchaus wichtig: Wer sagt unter Umständen wo wann etwas, wenn ich unsicher bin in meiner Entscheidung. Wenn ich jemanden sehe, dem ich bei dem Thema vertraue, bilde ich mit dem eine „Themenkoalition“. Aber dann stiehlt ein Dauerschwafler diesen Leuten die Redezeit. Dafür muss man dann neue Strukturen und Plattformen schaffen und die Leute aktiv angehen.

Die Demos rund um ACTA waren zwar erfolgreich, aber was kam danach? Wir hatten zwar sehr viele Wahlen in 2012, wird 2013 auch thematisch mehr auf der Straße passieren?

Ich kann grad meine Kristallkugel nicht finden (lacht). In 2013 werden wir ja vier Wahlkämpfe haben, vielleicht noch einen fünften. Wir müssen wieder mehr auf die Straße, das Prinzip vermitteln, wie die Piratenpartei als basisdemokratisches Gesamt-Tool und Plattform funktioniert. Weniger auf die Mailinglisten gucken, mehr auf sich selbst und aufs Umfeld schauen.

CC ZERO STEFAN MÜLLER

[JOHANNES THON]

Johannes Thon, unter @duesenberg auf Twitter unterwegs, ist schon seit längerem von Koblenz aus in der Piratenpartei aktiv. Auf dem Bundesparteitag 2012.2 Bochum war er einer der Versammlungsleiter. Politisch wirkt er in der Arbeitsgemeinschaft Kulturpolitik (@kulturpiraten) als AG-Sprecher und sagt: „2013 wird das Jahr der Kulturpiraten, denn Piraten sind eine Kulturpartei!“ **http://wiki.piratenpartei.de/AG_Kulturpolitik**

ÜBERWACHUNGSWAHN IM FUSSBALLSTADION

Aus den feuchten Träumen eines Überwachungsministers: In den Stadien und drumherum haben Staatsmacht und Stadionordner freie Bahn bei der Fan-Vollkontrolle. Ein Testfeld für die Restwelt außerhalb der Stadionumgebung!

CC BY-SA KOMPASS. MITARBEIT CHRISTIAN NISSEN ET AL.

Das Innenministerium setzt V-Leute in der nordrhein-westfälischen Fußball-Fanszene ein. Diese Befürchtung der Piratenfraktion bestätigt die nun veröffentlichte Antwort auf eine Kleine Anfrage der Piraten. NRW-Innenminister Ralf Jäger zufolge setzten Polizeibehörden im Zeitraum 2008 bis 2012 circa zehn Vertrauenspersonen ein.

„Die staatliche Kontrolle und Bespitzelung von Stadionbesuchern hat ein Ausmaß erreicht, das nicht vereinbar mit einer rechtsstaatlichen Demokratie ist“, kritisiert Frank Herrmann, Abgeordneter der Piratenfraktion im Landtag NRW, dieses Vorgehen. „Die Maßnahmen, die gegen Fußballfans angewendet und auf Initiative der DFL zukünftig sogar noch verschärft werden, ähneln mittlerweile denen eines Überwachungsstaats. Der Einsatz von V-Leuten in Fangruppierungen ist unverhältnismäßig. Das zeigt, wie vorschnell Sicherheitsbehörden drastische staatliche Überwachungsmaßnahmen einsetzen. Diese sollten die Ultima Ratio darstellen.“

Die Antwort auf die Frage, ob die Landesregierung den Einsatz von V-Leuten in den Fußballvereinen für ein verhältnismäßiges Mittel hält, bleibt die Regierung schuldig. Dabei ist die Verhältnismäßigkeit ein verfassungsrechtlicher Grundsatz. V-Leute sollen, wenn überhaupt, nur unter ganz klar definierten Voraussetzungen und stark kontrolliert eingesetzt werden. Ihr Einsatz sollte sich auf die Bekämpfung von organisierter Kriminalität oder Terrorismus beschränken.

„Ich frage mich, wie weit unser Land gekommen ist, wenn man Fußball-Fans mit politisch Extremen und Terroristen gleichsetzt,“ sagte Philipp Markhardt, Sprecher der Aktionen „ProFans“ und „12:12“ der Fußballzeitung kicker.

„Unverhältnismäßige Maßnahmen gegen Fußballfans verstärken nur das Misstrauen der Fans in den Rechtsstaat. Das Verhältnis der Fans zu den Polizeibehörden hat in den letzten Jahren schon stark gelitten. Stadionverbote, die Datei ‚Gewalttäter Sport‘, Nacktscanner, Ganzkörperkontrollen und nun auch der Einsatz von V-Leuten zeigen, wie wenig Skrupel die Sicherheitsbehörden haben, wenn es um die Überwachung von Menschen geht. Eine vermeintliche Sicherheit darf nicht auf Kosten unserer Freiheit gehen“, so Frank Herrmann.

Foto: CC BY-NC-ND code1name / StockXchange

ABFAHRT

Am Bahnsteig wartet Polizei und scannt die RFID-Chips in den Personalausweisen, um zu erfahren wer alles zum Auswärtsspiel mitfährt. Im mit Kameras ausgestatteten Zug stehen Bundesgrenzschutzbeamte und hören jedes Wort mit. Datenbanken werden mit den frisch erschnüffelten Infos gefüttert. Maßnahmen eines Überwachungsstaates.

NACKTSCANNER

Wer ins Stadion will, muss sich entwürdigenden Einlassprozeduren aussetzen. Ganzkörperkontrolle und Nacktscanner sind nicht ausgeschlossen, um die gefürchtete Bengalo-Schmuggelei zu unterbinden. „Echte Fans müssen sowas ertragen. Es gibt ja auch Sicherheitskontrollen am Flughafen“ wird den Kritikern zynisch entgegnet.

VIDEOKONTROLLE

Das Stadion ist komplett kameraüberwacht und zwar hochauflösend. Mit Schwerpunkt auf den Gästeblock. Wer da steht, gerät in Verdacht. Die schöne teure Videotechnik wird dann auch noch viel zu oft vom Steuerzahler mitbezahlt, denn der Proficlub kassiert gerne Zuschüsse für den Stadionbau und -ausbau. In den USA wird bereits mit „Mikrofon-Arrays“ jedes einzelne Stadiongespräch in der Menge aufgezeichnet. Bald sicher auch hier.

DROHNEN

Drohnen wird es auch bei der Fußball-WM 2014 in Brasilen geben. Dazu betätigen sich unter anderem Fraunhofer-Forscher und die TU Kaiserslautern. Da soll es dann einen elektronischen Lagetisch geben, auf dem aktuelle Informationen aus verschiedenen Quellen, wie stationäre Kameras, Drohnen und Smartphone-Apps, zusammenlaufen und zusammen ausgewertet werden, schreibt die „Welt“. EU-weit läuft INDECT bereits langjährig als entsprechendes Aus-Forschungsprojekt.

KAMERAWAGEN

Auf dem Weg vom Bahnhof zum Stadion fährt ein Kamerawagen der Polizei mit. Fans werden auf dem gesamten Fußmarsch gefilmt. Auch Unbeteiligte landen auf dem Video und später in den Gewalttäter-Listen. Selbstverständlich werden die Bilder langzeit-archiviert.

STALKING

In der Heimatstadt angekommen, werden Fans weiter überwacht. Zum Beispiel durch Polizeipräsenz vor dem Treffpunkt. Die Perspektive des überwachten Bürgers wird völlig ignoriert bei der überzogenen Gefahrenabwehr. Ebenso werden wirkliche Bedrohungen vernachlässigt.

FAN-SPITZEL

Die Innenminister von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gestanden, Informanten in der Fußballszene einzusetzen. Die Aufregung unter den Fans und auch bei manchen Politikern war danach groß. Frank Herrmann von der Piraten-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, spricht von Bespitzelung, die nicht vereinbar mit einer rechtsstaatlichen Demokratie ist.

GETRÄNKE

Getränke müssen außerhalb des Stadions bleiben. Nicht weil es wirklich der Sicherheit dient, sondern weil es lukrativer ist, wenn der Alkohol zu Stadionpreisen gekauft werden muss. Offiziell begründet wird dies mit der Sicherheit der Stadionbesucher.

HANDYÜBERWACHUNG

Bei Großveranstaltungen wie Demonstrationen wird die Handyortung völlig überzogen eingesetzt. Auch bei Fußballspielen ist dies möglich. So läßt sich jeder orten, der zu nahe bei einer verdächtigen Handlung war und über das Handy läßt sich auch der Besitzer ausfindig machen.

ACHTUNG

dies ist keine Vorschlagsliste für Innenminister, sondern das Ende der Fußballbundesligaspiele.

Lexikon Netzpolitik

Der Überblick von Abmahnung bis Zensur

Abmahnungen

für Filesharing, Blog- und Twittertexte, Zitate aus der Presse, Ebay-Auktionen sind in der Netzwelt ein heißes Thema. Und eine der seltenen Gelegenheiten, in denen Privatleute noch Briefpost bekommen: die Abmahnung vom Anwalt ist die rechtlich formale Aufforderung, eine Handlung künftig zu unterlassen. Ärgerlich ist die Rechnung, die vom Schädiger zu zahlen ist. Zum Thema Abmahnwahn berichteten wir in der letzten Ausgabe Kompass 2012.4. Sie ist unter http://kompass.im/kompass-archiv/ zu finden (stm)

Biometrie

ist harmlos, wenn du deinen Laptop mit Fingerabdruck entsicherst. Doch der Staat im Terrorwahn sammelt allerlei Biometrie-Daten und verteilt sie in seinem Netz überall hin: Fingerscan im Reisepass, optional im ePerso, ein maschinenlesbares Bild. Wenn der Staat seine Bürger bis auf die DNA scannt, entstehen völlig neue Risiken. (stm)

Creative Commons

Eine Idee nimmt Fahrt auf: Wie kann ich als Einzelperson ohne Abmahn-Angst neue Werke auf Basis bestehender Texte, Bilder oder Töne ins Netz stellen? Die immer populärere Lösung: Creative Commons! Und so geht es: über z.B. Wikimedia Commons kommst du leicht zu CC BY, CC BY-SA, CC NC-ND oder gar völlig frei unter CC-0 (sprich „CC-Zero“) lizensierten fotografischen Werken. Siehe auch Seite 16 in diesem Kompass. (stm)

Datenschutz

Oft wird Datenschutz von Behörden vorgeschoben, wenn sie Informationen vorenthalten. 2013 muss der Begriff mal wieder mit neuen Inhalten besetzt werden. Wer schützt hier wen und vor was? (stm)

Elektrozähler

Ab dem 1. Januar 2013 müssen neu eingebaute smart meter ans Kommunikationsnetz angekoppelt sein. Abgesehen vom ärgerlichen Stromzähler-Stromverbrauch, den selbstverständlich Kunde mitbezahlt, erfahren Versorger und/oder feindliche Mächte bequem frei Haus Details über die Lebensgewohnheiten inklusive interessanter, plötzlicher Verhaltensänderungen. Der neue Stromzähler öffnet den Raum für kundenfeindliches Pricing. Ein Pauschalpreis wie bisher ist da ein wirksamer Schutz gegen Abzocke. (stm)

Freifunk

WLAN mit dem Smartphone und Desktop. Im Netz unterwegs ohne Kosten. Das geht, wenn Internetnutzer ihre Anschlüsse kostenfrei für andere Menschen zur Verfügung stellen. Viele Privatleute im Ausland machen das. In Deutschland ist es ein riskantes Unterfangen. Mit dem Freifunk-System gibt es ein kleines, sicheres Softwarepaket für den hauseigenen Internet-Router. Allerdings brauchen Freifunker Schutz vor unberechtigten Abmahnungen. Piraten sind da dran und führen Musterprozesse. (stm)

Gez

heisst jetzt „Beitragsservice“. Nun muss jeder Haushalt zahlen: 215,76 Euro im Jahr. Das ist bei manchem Einpersonenhaushalt mehr, als die Grundsteuer B ausmacht. Rundfunk wird noch mehr zum Zwangsfunk. (stm)

Handelsabkommen

Internationale Vereinbarungen bringen in der Regel Verbesserungen für alle. Problematisch werden H., wenn sie missbraucht werden. Etwa von der US-Copyright-Lobby. Diese enterte das ACTA-Abkommen. Erst war es zur Abwehr von Produktfälschungen gedacht. ACTA sollte das Netz zensieren: mit Netzsperren, drastischen Strafen für Privatleute bei maximalem Rechtsschutz für Rechteinhaber. Dank heftiger Gegenwehr auf der Straße konnten Piraten ACTA ausstoppen. Ende 2012 zog es die EU zurück, bastelt aber an Nachfolgern. (stm)

Indect

steht für ein System, welches die lückenlose Überwachung der Bevölkerung ermöglichen wird. Das erforscht die EU in den Mitgliedsstaaten. Getestet wurde INDECT in Polen. Mit INDECT nimmt ein Instrument für Überwachungsstaaten Form an. INDECT verurteilt dich vor der Tat. Schuldig bis die Unschuld bewiesen ist. (us)

Jugendschutz

ist richtig und wichtig. Doch J. entwickelte sich in den letzten Jahren zur Erwachsenen-Bevormundung. Für die sogenannten „Killerspiele“ fordern Jugendschützer allgemeines Verkaufsverbot. Nötig ist ein ausgewogenes Vorgehen, das sich an Schutzbedürfnissen der Kinder orientiert und Freiheiten lässt. (stm)

Kontrollwahn

bzw. Angst vor zuviel Freiheit treibt Altpolitiker und ihre Lobbyisten um. Gerade, wenn es um den letzten noch nicht total durchregulierten Raum, das Internet, geht. (stm)

Liquid Democracy

Die aktuelle Demokratie erstarrt. Vermachtet, verbonzt, verfilzt, mit Lobbygeld gesteuert. Der Einzelne wendet sich ab und zieht sich zurück. Die Wahlbeteiligung sinkt. Was tun? Neue Ideen entwickeln, die Menschen wieder für Politik begeistern. Eine Idee ist Liquid Democracy. Damit wird es Interessierten möglich, sich zeitsparend einzubringen und an Entscheidungen teilzuhaben. (stm)

Musik im Netz

Mit Napster fing es um die Jahrtausendwende an. Auf einmal stand die weltgrößte Musikbibliothek zur Verfügung. Große Labels verkannten das neue Potential. Sie klagten Napster aus dem Netz. Inzwischen ist Apples Itunes Store der größte Digitalmusik-Shop. Netzlabels, freie Musik, freie Mixe bereichern die Musikwelt, aber auch eine remix-freundliche Musikrechte-Agentur, die nicht im zweiten Jahrtausend steckengeblieben ist. (stm)

Netzneutralität bedeutet:

die Datenübertragung im Internet erfolgt ohne Bevorzugung oder Benachteiligung, eben neutral. Dein Internet-Anbieter liefert dir die gewünschten Datenpakete, egal was drinsteckt: Texte, Telefonie, Filme, egal von welchem Anbieter. Einige Anbieter möchten „Flatrate-Internet“ in verschiedene Produkte splitten, und für jedes einzelne abkassieren. Innovative Dienste werden so effektiv verhindert. Bei mobilem Internet ist das bereits Standard. (stm)

Open Data

bringt die amtlichen Statistik-Schätze ans Licht. Zahlen und Tabellen aller Art sollen die Behörden nicht nur für sich behalten: die elektronische Publikation, in offenen Formaten, soll generell Standard werden. Dies geht weit über das bisher vorhandene Angebot, etwa bei Destatis, hinaus. Lehrmaterial, Karten, amtliche Zahlen sollen deiner privaten Grundlagen-Forschung einfach und billig bereitstehen. Die Piratenfraktionen in den Ländern sorgten für erste Open-Data-Angebote. (stm)

ePass

sind maschinenlesbare Ausweispapiere, seit einigen Jahren angereichert um das biometrische Foto und möglicherweise Fingerabdrücke. Dank dieser tollen Elemente gibt es bald Datenreisen mit Passkontrolle. Mit der AusweisApp gelingt die Identifikation gegenüber Behörde oder privatem Dienstanbietern. Hackerangriffe waren bereits erfolgreich. Teuer genug ist der neue Perso außerdem: mit 28,80 Euro eine saftige Preiserhöhung von über 350 Prozent. (stm)

Quellenschutz

Besonders krass sind Gerüchte von geheimen Projekten in den USA, den kompletten Datenverkehr für ein Jahrhundert abzuspeichern. Whistleblower á la Wikileaks müssen sich warm anziehen. Denn das erlaubt der Staatsmacht rückwirkende Kontrolle und 100 Jahre Zeit, mit neuesten Technologien wie vielleicht Quantenrechnern alles verschlüsselte zu öffnen. (stm)

RFID

ist ein Konzept zur einfachen Datenübermittlung. RFID steht für „radio-frequency identification“. Je nach Typ antwortet ein RFID-Chip auf Anfrage durch ein Lesegerät. Auf dem Chip können alle möglichen Informationen gespeichert werden. Es gibt auch aktive RFID-Chips. Diese senden ständig Informationen über größere Reichweiten aus und ermöglichen so die konstante Ermittlung des Standortes. Die betroffene Person hat keinen Einfluss darauf, ob und wohin ihre Daten gesendet werden. (jm)

Softwarepatente

haben das Potential, vernetzte Kommunikation bösartig auszustoppen. Ein Patent ist ein gewerbliches Schutzrecht. Der Patentinhaber hat ein zwanzigjähriges Monopol auf seine Erfindung. Im Gegenzug legt er sie offen, andere können sie lizensieren, der Fortschritt wird gefördert. Doch Patente sind auch Waffen. Die stürmische Technologieentwickung in der IT verlangt andere Lösungen als den alten Patentschutz. (stm)

Terrorwahn

dient als beliebter Aufhänger, um das frei verfügbare und unzensierte Netz in einen überwachten und kontrollierten Online-Dienst zu verwandeln. Oldtimer erinnern sich noch an AOL und Compuserve. Diese Dienste waren zentral und reguliert. Mit dem Siegeszug des Internet stimmten die Nutzer mit den Füßen ab und wählten die Freiheit. Interessierte Kreise schieben Terrorismus als Argument vor, um immer mehr Sperren und Zensur in Netz zu drücken. (stm)

Urheberrecht

Im Grunde genommen war das Urheberrecht bis vor 18 Jahren gar nicht mal so schlecht, doch dann versuchte man von hieran mit aller Gewalt, den Schutzgegenstand des Urheberrechts entgegen seinem Wesen zu verknappen und als Eigentum auszugestalten; und so kommt es nun halt, dass wir heute eher ein Verwerterrecht haben, das stark zu Lasten der Urheber und der Allgemeinheit geht. Der Grundsatz des Interessenausgleichs ist damit absolut nicht mehr gegeben (N.N.)

Vorratsdatenspeicherung

Telefon- und Internetanbieter sind bei V. verpflichtet, Verbindungsdaten wie z.B. Rufnummer, Gesprächsdauer, IP-Adressen (Internetverkehr) oder Standort (Funkzelle bei Handygesprächen) 6 Monate lang zu speichern und bei Bedarf Ermittlungsbehörden zur Verfügung zu stellen. Die V. in der aktuellen Form wurde vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Von der EU und diversen Politikern wird erneut die Einführung der V. gefordert. (bl4ck)

Whistleblowing

ist ein Verfahren, bei dem ein Informant Informationen über illegales oder unmoralisches Handeln Dritter an die Öffentlichkeit bringt. Zuletzt wurde das Prinzip des W. durch WikiLeaks bekannt. Jedoch gab es diese Anstrengungen wesentlich eher. In Zeiten des Internets wird W. zunehmend einfacher – schwache Firewalls und unzureichende Sicherungssysteme lassen Hacktivisten leicht an Informationen kommen, die sie dann durch Foren und E-Mails verbreiten können. (jm)

XY Aktenzeichen unbekannt:

wie geht es weiter mit dem Netz? Werden die Freunde der Zensur siegen? Oder gibt es vorher noch eine Revolution der Entrechteten? (stm)

Zensur

ist das wissentliche Weglassen von teils kritischen Informationen, meist um Meinungen in eine bestimme Richtung zu lenken. Basis für legale Zensur bildet in Deutschland Artikel 5 des Grundgesetzes, durch den Zensur durch „allgemeine Gesetze, [die] gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und [das] Recht der persönlichen Ehre“ ermöglicht wird. Trotzdem spielt Zensur in anderen Staaten, etwa in China, eine wesentlich größere Rolle als in Deutschland. (jm)

Foto: CC BY-NC-ND Flavio Takemoto / StockXchange

Creative Commons

CC-L

Creative Commons (CC) ist eine Non-Profit-Organisation, die in Form vorgefertigter Lizenzverträge, den „CC-Lizenzen“ eine Hilfestellung für Veröffentlichung und Verbreitung freier digitaler Medieninhalte anbietet.

Durch CC-Lizenzverträge haben Urheber mehr Optionen. Die wenigsten Kreativen haben zusätzlich Jura studiert oder auf andere Weise genug Expertise im Urheberrecht gesammelt, um für ihre Zwecke passende Lizenzverträge zu entwerfen. Wenn die Inhalte dagegen CC-lizenziert sind, gibt es viele rechtliche Unsicherheiten nicht mehr. Man erkennt schon am Namen des jeweiligen CC-Lizenztyps, was die wichtigsten Bedingungen bei der Nutzung des Inhalts sind.

Der einfachste CC-Lizenzvertrag verlangt vom Nutzer (Lizenznehmer) lediglich die Namensnennung des Urhebers/Rechteinhabers (Lizenzgeber). Darüber hinaus können aber weitere Einschränkungen gemacht werden, je nach dem, ob der Rechteinhaber eine kommerzielle Nutzung zulassen will oder nicht, ob Bearbeitungen erlaubt sein sollen oder nicht und ob Bearbeitungen unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden müssen oder nicht. Durch die Kombination dieser Bedingungen ergibt sich die schon genannte Auswahl von mittlerweile sieben verschiedenen CC-Lizenzen, die dem Rechteinhaber für den deutschen Rechtsraum derzeit zur Verfügung stehen:

Ob dann durch den Rechteinhaber eine dieser CC-Lizenzen gewählt wird und welche genau es ist, das wird dem betreffenden Inhalt (Bild, MP3-Datei, Video, Text) in Form von Meta-Angaben deutlich erkennbar mitgegeben. Dadurch können Nutzer weltweit – aber auch Suchmaschinen und Browser – genau erkennen, was mit den so markierten Inhalten geschehen darf und was nicht.

Es bedarf also nicht mehr für jede einzelne Nutzung einer mühsam direkten Absprache zwischen Rechteinhaber und Nutzer. Trotzdem können immer noch Einzelvereinbarungen zwischen Rechteinhaber und einem bestimmten Nutzer in einem bestimmten Fall getroffen werden.

Und was habe ich als Rechteinhaber davon?

1. **Lizenzverwendung als reines Statement**

Manche Kreative verwenden für ihre Werke nur deshalb CC-Lizenzen, weil sie demonstrieren möchten, dass sie sich für Open Access und freien Zugang zu Kulturgütern im Allgemeinen aussprechen. In vielen Communities ist es inzwischen Selbstverständlichkeit, sich offener Lizenzmodelle zu bedienen, statt sich alle Rechte strikt vorzubehalten.

2. **Besonderes Interesse an Bearbeitung**

Manche Autoren fasziniert, dass ihre Werke aufgegriffen und weiterverwendet werden, zum Beispiel als Musik-Remixe. Ohne freie Lizenzierung (mittels CC-Lizenzen oder anderen Standardlizenzen) wird Aufwand für andere erhöht, werden Inhalte ohne Freiheiten oft entweder gar nicht oder ohne Erlaubnis genutzt, was ja nicht im Sinne der Urheber ist.

3. **Vermehrung des Materialpools**

Wer regelmäßig auf das bereits vorhandene digitale Material zurückgreift, z.B. weil die eigene Werkform es einfach erfordert (Vertonen von Videos, Grafikdesign, Musikmixes, …), der weiß, dass dieser Materialpool nur dann aktuell und ergiebig bleibt, wenn aus ihm nicht nur entnommen, sondern auch etwas hinein gegeben wird. Eine – wenn auch vielleicht eingeschränkte – Freigabe der eigenen Inhalte unterstützt die gegenseitige Vermehrung und Erhaltung des gemeinsamen Materialpools.

4. **Steigerung der Verbreitung**

Auch kommerzielle Erwägungen können für CC-Lizenzierung sprechen: Insbesondere junge Künstler sind oft auf Verbreitung ihrer Inhalte angewiesen, um bekannt zu werden. Eine Veröffentlichung unter einer freien Lizenz hilft, Fans zu finden. Allerdings haben Verwertungsgesellschaften wie die GEMA das noch nicht verinnerlicht. Siehe dazu auch das Interview mit Johannes Thon in diesem Kompass ab Seite 10.

Mit Material von Creative Commons Deutschland
http://de.creativecommons.org/

CC-LIZENZEN

CC BY	Namensnennung
CC BY-ND	Namensnennung - Keine Bearbeitung
CC BY-NC	Namensnennung - Nicht Kommerziell
CC BY-NC-ND	Namensnennung - Nicht Kommerziell - Keine Bearbeitung
CC BY-NC-SA	Namensnennung - Nicht Kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen
CC BY-SA	Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen
CC0	sprich „CC Zero“, keine Einschränkung jeglicher Art für Weiterverwendung

Foto: CC BY-NC-ND Brian Lary / StockXchange

Sind wir **BREIT?**

Breitbandinternet in der Stadt und auf dem Land: Warum ist es meist nicht schneller als 2 MBit (oder anders bezeichnet DSL 2000)?

CC BY-SA JÜRGEN ASBECK (TIMECODEX)

Definition Breitbandinternet:
Die Internationale Fernmeldeunion (ITU) definiert einen Dienst oder ein System als breitbandig, wenn die Datenübertragungsrate über 2.048 kBit/s hinausgeht. Das deutsche statistische Bundesamt schließt sich dieser Definition an.

Wieviele Breitbandanschlüsse gibt es Ende 2012 in der Bundesrepublik?
Aktuell gibt es mehr als 27 Millionen Breitbandanschlüsse in Deutschland. Die Entwicklung der Zahl der Breitbandanschlüsse in Deutschland geht allerdings weiter nach oben.

Welche Technologien werden verwendet?
DSL-, TV-Kabel, die drahtlose Übertragung (UMTS, LTE, W-LAN und Satellit) stellen die Möglichkeiten des Zugriffs dar.

Ende 2011 lag DSL mit 23,4 Millionen Nutzern vor den anderen Zugriffsmöglichkeiten wie TV-Kabelnetz, Satellit, Festverbindung, Powerline, die gemeinsam auf ca. 3,8 Mio. User kamen.

Die Zahl der UMTS-Nutzer lag Ende 2010 bei rund 31 Millionen, LTE ist bisher noch größenmäßig zu vernachlässigen.

Wo muß ich leben, um die besten Aussichten zu haben, schnell meine Urlaubsvideos usw. hochzuladen? Dauert es zwei Minuten, oder eher zwei Stunden?
Wohne ich in Berlin, Hamburg oder Bremen (also in den Stadtstaaten), liege ich mit 100 Prozent vorn. Das Flächenland NRW kommt mit 99,7 Prozent bereits an vierter Stelle, der schlechteste Wert unter allen Bundesländern wird von Sachsen-Anhalt mit 97,8 Prozent erreicht. Aber: auch das ist ein wirklich guter Wert.

Wie sieht es mit den deutschen Städten aus?
Die großen Städte können im Prinzip als komplett erschlossen gelten, der dörfliche Bereich ist aktuell noch nicht vollständig „vernetzt".

Gibt es Unterschiede je nach Gebiet?
Ja, hier ist es definitiv ausschlaggebend, in welchem Bereich man wohnt. Der westliche Teil der Bundesrepublik bis zur Mitte hin ist recht gut versorgt. Im östlichen Teil hängt es vom jeweiligen Einzugsbereich der Städte ab. Wer genau wissen möchte, wie es mit seinem Ort aussieht, der kann das auf „zukunft-breitband.de", dem Portal des Bundesministeriums für Wirtschaft, ermitteln.

Wie kann ich surfen, wenn in meinem Gebiet keine Kabel verlegt werden?
Überall, wo kein schnelles kabelgebundenes Breitbandnetz zur Verfügung steht, ist LTE in Zukunft eine Möglichkeit des Zugriffes auf das „schnelle" Internet.

Bis Ende 2012 war etwa ein Viertel der Fläche in der Bundesrepublik über LTE abgedeckt,

2015 soll es bereits die Hälfte sein. Bis 2018 wollen die Netzbetreiber die Versorgung der gesamten Bundesrepublik abdecken. Eventuell wird dieser Wert auch bereits früher möglich sein.

Im letzten Jahr hat die Telekom ca. 3 Milliarden Euro in die LTE-Infrastruktur investiert, Vodafone lag bei ca. einer Milliarde Euro.

Mit welcher Geschwindigkeit surft Deutschland im Jahr 2012?
12,0% < 2 MBit,
10,5% = 2 MBit,
46,3% > 2 MBit bis 10 MBit,
23,0% = 10 MBit bis 30 MBit,
7,8% = 30 MBit bis 100 MBit
und 0,4% > 100 MBit.

Fazit:
Deutschland liegt im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn aktuell besonders bei den Bandbreiten hinten.

Um große Datenmengen ohne Störungen übertragen zu können (ruckelnde Videos oder Ähnliches), ist eine Versorgung mit hoher Geschwindigkeit vonnöten.

LTE wird hier in Zukunft die Netzleistung verbessern. Um die Zukunft unseres Industriestandortes zu sichern, ist es notwendig, weiter hohe Beträge in den Ausbau der Netze zu investieren.

Wir Piraten fordern die Bereitstellung eines schnellen Breitbandnetzes ab mindestens DSL 6000 in der gesamten Bundesrepublik, jeder Bürger hat das Recht digital an der Zukunft teilzuhaben.

Grundsätzlich läßt sich die Frage nach dem Breitbandinternet in Deutschland aber folgendermaßen beantworten:

Ja, wir sind breit, aber: Nein, wir sind noch nicht sehr schnell!

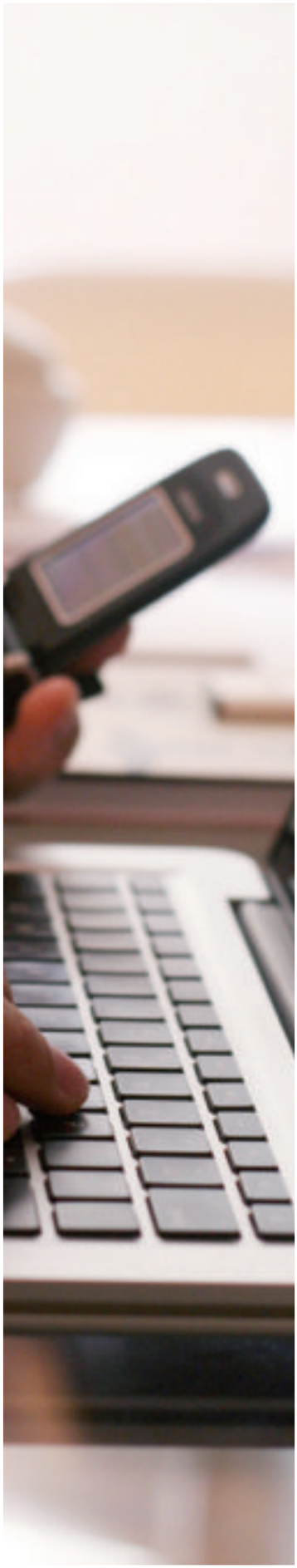


Foto: CC BY-NC-ND Wilton Rodrigues/ StockXchange

„Medicin ist eine sociale Wissenschaft“

Rudolf Virchow, Salomon Neumann

PRÄVENTION – NICHT NUR IM GESUNDHEITSWESEN

Sozialmedizin und Prävention sind die Kerne der Wechselwirkung zwischen Gesellschaft und Gesundheit. Ein Bewusstsein für vorausschauende Problemvermeidung gibt es schon lange.

CC BY-SA MANFRED SCHRAMM, JENS BALLERSTÄDT, ANDREAS ROHDE, THOMAS WEIJERS

Die Aussage „Medicin ist eine sociale Wissenschaft“ wird sowohl Rudolf Virchow (1821-1902), als auch Salomon Neumann (1819-1908) zugeschrieben (1). Wir fragen uns, ob sie heute noch Raum im Bewusstsein von medizinischen, pflegerischen, erzieherischen und gesetzgeberischen Berufen ist.

Prävention in der Gesellschaft, das sind bislang Gesundheitsförderung, Empfängnisverhütung, Lernförderung, Sucht- und Gewaltprävention, aber auch Brandschutz, Hochwasserschutz sowie Arbeits- und Verkehrssicherheit.

Auf allen diesen Feldern sehen wir uns ganz gut aufgestellt, vermuten aber Verbesserungspotential. Verbesserungsbedarf wird zwar immer wieder, aber leider kleinteilig bei konkreten Unglücken und Vorfällen erkannt (beispielsweise Loveparade) und dann nacheilend in Ausstattungen, Regeln, Gesetze oder Ausbildungen umgesetzt. Frühe zaghafte Versuche der aufklärenden Prävention erlebten wir in den 70-er Jahren des letzten Jahrhunderts beispielsweise mit dem Sexualkundeunterricht und dem Verkehrsunterricht. Beide zielten darauf ab, bei Kindern und Jugendlichen ein Bewusstsein für Gefahren und für die Folgen ihres Handelns zu bewirken.

In unserer Zeit stellt sich eine Zahl von gesellschaftlichen Problemen dar, die von Bildung und Erziehung, von Politik und Verwaltung nahezu ignoriert werden. Gerade wurde „Opfer-Abo“ zum Unwort des Jahres 2012 gekürt. Diese Wortschöpfung vom Schweizer Fernsehmoderator Jörg Kachelmann zielt zwar auf Frauen ab, die mittels Falschaussagen ihre Interessen gegenüber Männern durchzusetzen versuchen, „Opfer-Abo“ ließ mich aber sofort an die Opfer von Abofallen denken, seien es die althergebrachten überrumpelnden Haustürgeschäfte oder die irreführenden oder betrügerische Internetseiten. Die PIRATEN-Abgeordnete im Landtag NRW Simone Brand hat zum Bundesparteitag 2012.2 in Bochum einen Antrag formuliert, der Prävention weiter und anders fasst als bisher. Antragstext:

Verbraucherbildung

Die Piratenpartei setzt sich nachhaltig für die Förderung von Konsum- und Alltagskompetenzen im schulischen Bereich ein. Junge Menschen haben ein Recht auf eine umfassende Verbraucherbildung, wie es die Vereinten Nationen seit 1999 fordern. Daher setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass bundeseinheitliche und verbindliche Bildungsrichtlinien für die Felder · Ernährung und Gesundheit · Finanzen · Verbraucherrecht · Medien · Nachhaltiger Konsum geschaffen werden. Darüber hinaus wird die Piratenpartei sich dafür einsetzen, dass in der Ausbildung von Lehrern die Voraussetzungen geschaffen werden, um eine solide Verbraucherkompetenz vermitteln zu können. Um dies zu erreichen, fordert die Piratenpartei:

- Schaffung von Verbindlichen bundeseinheitlichen Bildungsstandards zur Verbraucherbildung, die alle fünf Konsumfelder/-bereiche abdecken
- Stärkere Verankerung der Verbraucherbildung in den schulischen Lehrplänen
- Dementsprechende Förderung der Verbraucherbildung in der Lehreraus- und Lehrerfortbildung
- Unterstützung der Schulen und der Lehrkräfte, die gesetzten Rahmenbedingungen / bildungspolitischen Vorgaben im Schulalltag umzusetzen
- Stärkung der Verbraucherbildungsforschung.

Foto: CC BY-NC-ND Adriano Gonçalves/StockXchange

Neben den bekannten Feldern der Vorsorge und Prävention wie Gesundheitsförderung, Empfängnisverhütung, Lernförderung, Sucht- und Gewaltprävention, Brandschutz, Hochwasserschutz und Arbeits- und Verkehrssicherheit werden hier zeitaktuelle Problemfelder angesprochen.

Nur ein gebildeter und informierter Verbraucher kann die für sich richtigen Entscheidungen treffen. Das gilt natürlich nicht nur für politische Fragen, sondern lässt sich auf alle Lebensbereiche übertragen. Wie soll ein Verbraucher denn entscheiden, welches Nahrungsmittel gesund und gut für ihn ist, wenn er nicht weiß, was die abgedruckten Informationen auf der Verpackung bedeuten?

Bereits in den Kindergärten und Schulen muss das notwendige Wissen vermittelt werden. Leider ist es hier bei unseren Regierungen bisher bei warmen Worten geblieben. Es wird nur äußerst schleppend darauf reagiert, dass das praktische Wissen über eine gesunde und ausgewogene Ernährung immer weiter zurückgeht. Die Folgen dieser Politik treten immer deutlicher zu Tage. Diabetes Erkrankungen, Allergien und Mangelerscheinungen kommen immer häufiger auch schon im Kindesalter vor. Auch die Schulkantinen sind dabei keine große Hilfe, da ihnen leider keine ausreichenden Mittel zur Verfügung gestellt werden. Hier muss sich eine verantwortungsvolle Politik der Aufgabe stellen, den Bildungseinrichtungen die notwendigen Hilfen und Finanzen zur Verfügung zu stellen.

Ernährungslehre muss ein wichtiger Bestandteil im Unterricht und den Lehrkräften das notwendige Wissen dafür bereits im Studium vermittelt werden.

Aber nicht nur im Bereich Ernährung und Gesundheit fordern die Piraten eine bessere Bildung. Auch in den Themenfeldern Verbraucherrecht, Medienkompetenz, Nachhaltiger Konsum und Finanzen ist die Situation dramatisch. Die meisten von uns kennen wohl überteuerte Handyabos, dubiose Sofortkredite und sittenwidrige Ratenverträge. Immer mehr Jugendliche geraten dadurch in die Überschuldungsfalle. Eine sinnvolle Verbraucherbildung muss dafür sorgen, dass unsere Jugendlichen nicht bereits mit einem Schuldenpolster ins Erwachsenenleben starten. Bürger müssen über ihre Rechte und auch über ihre persönliche Verantwortung als Verbraucher informiert sein.

Eine besondere Verantwortung kommt auf jeden einzelnen Verbraucher zu, wenn es um nachhaltiges Konsumverhalten geht. Schonender Umgang mit unseren Ressourcen hat für die meisten Verbraucher leider immer noch nichts mit ihrem Verhalten im Supermarkt zu tun. Wir als Partei haben hier auch die Aufgabe aufzuklären. Mehr als die Hälfte aller Lebensmittel landen auf dem Müll. Der Preis von 4 Euro für ein Kilo Schweinefleisch lässt sich nur durch subventionierte Überproduktion und die systematische Verdrängung von Kleinbauern erreichen. Jedem einzelnen Verbraucher muss klar sein, dass eine Entscheidung weg vom Massenkonsum und hin zum bewussten Einkauf direkten Einfluss auf den Markt hat.

Nur so lassen sich Probleme wie Foodwaste und unwürdige Zustände in der landwirtschaftlichen Tierhaltung dauerhaft beseitigen. Der Verbraucher selbst hat die Macht, durch gezielte Kaufentscheidungen den Markt zu beeinflussen. Die Aufgabe der Politik wird es sein, den Verbrauchern die notwendigen Informationen dazu mit auf den Weg zu geben. Wir Piraten stellen uns dieser Aufgabe.

In anderen Anträgen fordert die AG Drogenpolitik der Piratenpartei unter anderem eine deutliche Verbesserung des Drogen- und Suchtpräventionsarbeit an unseren Schulen. Es fehlen entscheidende Grundlagen bei der Ausbildung der Lehrkräfte und auch Schulungsmaterial nach neuestem wissenschaftlichen Kenntnisstand. Ferner fordern die Fachpiraten auch dringend nötige Novellierungen bei Präventions- und Therapieprogrammen nicht nur im Bereich der Schwerstabhängigkeit ein. Statt hier weiterhin regelmäßig die Mittel zu kürzen, sollen sehr erfolgreichen Pilotprojekte – wie z.B. die Diamorphinprogramme in Köln und Bonn – flächendeckende und ausreichend finanzierte Anwendung finden.

Über alles betrachtet darf Prävention nicht als Privileg für die Jugend betrachtet werden. Prävention nimmt gerade im Umgang mit Alten und Kranken eine wichtige Stellung in der Gesellschaft ein. Wurde Prävention im Bereich der Pflege und Medizin lange Jahre nicht so in den Fokus gesetzt, hat sich schon alleine durch die neue Begriffsbildung des Berufes Krankenpflege in Gesundheits- und Krankenpflege viel verändert. Die Bewahrung und Wiederherstellung von Gesundheit durch Beratung, Schulung und Aktivierung ist zu einem zentralen Dreh- und Angelpunkt sowohl im Krankenhaus, als auch in der ambulanten und stationären Pflege geworden. Die Pflege der Gesundheit wird in einer älter werdenden Gesellschaft der Maßstab zum Erhalt von Lebensqualität. Steigende Lebensqualität und Zufriedenheit mit sich senkt zugleich die volkswirtschaftlichen Belastungen. Denn die gute Prävention vermindert die Gefahr teil- oder voll pflegebedürftig zu werden. Schlussendlich muss die moderne Pflege und Medizin den Fokus von der Heilung von Krankheiten hin zum Erhalt und der Steigerung von Gesundheit durch Präventions- und Aufklärungsarbeit verlagern.

Bildung beginnt für jeden Menschen mit der Geburt. Lebenslanges Lernen in allen Belangen der Lebensführung ist für den aufgeklärten und selbstbestimmten Menschen ein Muß. Prävention ist Bildung und als solche immer eine gute Investition in unsere Zukunft.

(1) Zitat „Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention e.V.“

Foto: CC BY-NC-ND dazmac/StockXchange

Völlig inkonsistent ...

Gesetze werden gesetzt, und zwar von Menschen. Da Menschen weder allwissend noch frei von Irrtümern sind, können Gesetze fehlerhaft sein. Ein Bereich der Gesetzgebung, in dem in der Bundesrepublik Deutschland einiges im Argen liegt, ist für die Piratenpartei Deutschland die Drogenpolitik.

CC BY-SA DR. ANDREAS F. STRÖHLE

INKONSEQUENZ

Die Kriterien (Paragraph 1 Absatz 2 bis 4 Betäubungsmittelgesetz), nach welchen die aktuelle Gesetzgebung „... Stoffe oder Zubereitungen ...“ als Betäubungsmittel klassifiziert, werden nicht konsequent umgesetzt. So heißt es in Paragraph 1 Absatz 2 Nr. 1, dass Stoffe „... nach wissenschaftlicher Erkenntnis wegen der Wirkungsweise eines Stoffes, vor allem im Hinblick auf das Hervorrufen einer Abhängigkeit ...“ auf den Index gesetzt werden sollen. Die wissenschaftliche Erkenntnislage in Bezug auf Alkohol ist eindeutig: Alkohol ist eine psychotrope Substanz, die zu schwerer Abhängigkeit – sowohl geistig als auch körperlich – und zum Tod führen kann.

Hierzu die offiziellen Zahlen für 2012 der Bundesregierung: 9,5 Millionen Bundesbürger konsumieren Alkohol in einer gesundheitsschädigenden Weise, 1,3 Millionen gelten als abhängig und 73.000 Menschen starben an den Folgen ihres Alkoholkonsums. Doch nicht nur die Wirkung des Alkohols auf Geist und Körper des jeweiligen Konsumenten ist gefährlich, sondern – gemäß der Angaben der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V. – oft auch die Handlungen von alkoholisierten Menschen: 2009 standen ca. 35 Prozent der Tatverdächtigen bei schwerer oder gefährlicher Körperverletzung unter Alkoholeinfluss, bei Totschlag waren es sogar ca. 40 Prozent; des Weiteren spielte 2009 bei über 10 Prozent der Verkehrsunfälle mit Todesfolge Alkohol eine Rolle.

Wenn man nun noch bedenkt, dass die meisten Todesfälle, die durch illegale Drogen verursacht werden, direkt oder indirekt dem Heroin zuzuschreiben sind (570 bis 780 von 988 Todesfällen in 2012), und beispielsweise der Konsum der verhältnismäßig weit verbreiteten, illegalen Droge Cannabis (2012 circa 2 Millionen Konsumenten in der Bundesrepublik Deutschland) direkt weder zu Todesfällen noch zu Gewaltverbrechen führt, so ist es aus wissenschaftlicher Sicht vollkommen uneinsichtig, wieso Alkohol erlaubt und Cannabis verboten ist.

Die Schlussfolgerung aus diesen Fakten kann nur eine sein: Entweder muss der Gesetzgeber Alkohol ebenfalls indizieren, oder aber Cannabis und weitere Drogen, die ebenfalls weniger gefährlich als Alkohol sind, legalisieren. Diese Frage führt uns direkt zur nächsten Problemstelle der aktuellen Drogenpolitik, dem Paternalismus.

PATERNALISMUS

Die Piratenpartei Deutschland vertritt die Position, dass mündige und informierte Bürgerinnen und Bürger eigenverantwortlich über ihren Drogenkonsum entscheiden sollen. „So viel Staat wie nötig, so wenig Staat wie möglich“, ist ein Grundsatz, den sich viele deutsche Piraten auf die Fahnen geschrieben haben. Die meisten bekannten Drogen wirken sich auf eine Art und Weise auf die Konsumenten aus, dass deren Mitmenschen in der Regel nicht von den Konsumenten belästigt werden (Alkohol ist übrigens die Droge, die am ehesten zu asozialem Verhalten führt). Das Verbot von Drogen (Prohibition) ist somit ein unzumutbarer paternalistischer Eingriff in die Bürgerrechte.

Es muss vielmehr das Ziel einer vernünftigen Drogenpolitik sein, die Bevölkerung frühzeitig, umfassend und ehrlich über die Wirkungen von Drogen aufzuklären, sodass sie dazu befähigt werden, kompetent darüber zu entscheiden, wie sie ihren Umgang mit Drogen gestalten möchten. Womit wir beim drogenpolitischen Grundsatz der Piratenpartei Deutschland angekommen wären:

AUFKLÄRUNG STATT PROHIBITION

Entgegen der Berichterstattung durch Journalisten, die sich auflagenträchtigen Schlagzeilen anstelle seriöser Recherche verschrieben haben, vertritt die Piratenpartei Deutschland nicht die Auffassung, dass man Drogen bedingungslos legalisieren solle. Eigenverantwortlicher Umgang mit Drogen ist nur dann gewährleistet, wenn man über die Wirkungen von Drogen so profund wie möglich informiert ist. Es darf hierbei weder eine Verteufelung noch eine Verharmlosung stattfinden.

Drogen sind prinzipiell gefährlich und können zu einer missglückten Lebensgestaltung, massiven gesundheitlichen Schädigungen und sogar zum vorzeitigen Tode führen. Auf der anderen Seite empfinden viele Menschen Drogenkonsum als spannende Bereicherung ihres

Foto: CC BY-NC-ND Bill Davenport/Michal Zacharzewski/ Mateusz Atroszko/Victoria Herrera/StockXchange

Lebens. Genauso wie es die Gesellschaft akzeptiert, dass manche ihrer Mitglieder sportliche Aktivitäten ausüben, die potentiell gefährlich für Leib und Leben sind, genauso muss es die Gesellschaft akzeptieren, dass manche ihrer Mitglieder Drogen konsumieren. Ein Beispiel zur Verdeutlichung: Der Reitsport führt in Großbritannien zu mehr Verletzungen und Todesfällen (auch von am Reitsport eigentlich unbeteiligten Passanten!) als der Konsum von MDMA (Ecstasy). Nachdem Prof. David Nutt diesen Vergleich und weitere Fakten zur überschätzten Gefährlichkeit der meisten illegalen Drogen 2009 öffentlich geäußert hatte, wurde er zum Entsetzen seiner Kollegen seines Postens als Vorsitzender des britischen Beratungskomitees zum Missbrauch von Drogen (Advisory Council on the Misuse of Drugs) enthoben.

Die Piratenpartei verurteilt die Ignoranz wissenschaftlicher Fakten durch Politiker, denn es ist eines ihrer Grundprinzipien, wissenschaftlich untermauerten Argumenten zu folgen – und nicht populistischen.

An dieser Stelle darf selbstverständlich nicht vergessen werden zu erwähnen, dass die Abgabe von Rauschmitteln nur an aufgeklärte mündige Erwachsene durchgeführt werden darf, und dass Jugendliche zwar frühzeitig aufgeklärt werden müssen, bis zur Volljährigkeit jedoch keinen Zugang zu Drogen bekommen dürfen.

Das Argument, dass Jugendliche alle Arten von Drogen bei deren Legalisierung illegal beziehen könnten, ist ein Scheinargument für die Prohibition, denn die Prohibition sorgt keineswegs für eine drogenfreie Gesellschaft, sondern für einen professionellen Schwarzmarkt, auf dem ohne jegliche staatliche Kontrolle gepanschte und verunreinigte Drogen ohne Rücksicht auf Alter und Wissensstand der Konsumenten verkauft werden. Auch in dieser Hinsicht wäre die Aufgabe der Prohibition ein Schritt in die richtige Richtung.

KONTROLLIERTE LEGALITÄT STATT UNKONTROLLIERTE ILLEGALITÄT

Die meisten Todesfälle beim Drogenkonsum sind auf Unkenntnis über die tatsächliche Wirkung und die Zusammensetzung der Stoffe zurückzuführen, die Konsumenten auf dem Schwarzmarkt erhalten, vor allem bei Heroin. Doch auch bei anderen Drogen kommt es zur Streckung mit Substanzen, die alleine für sich bereits giftig sind, oder zu einer Vermischung mehrerer Substanzen, die in ihrer Kombination zu erheblichen Gesundheitsschäden führen können.

Da die Herstellung von Rauschmitteln in der Regel nicht teuer ist, hätte ein Schwarzmarkt neben einem staatlich kontrollierten Verkauf von Rauschmitteln keine wirtschaftliche Grundlage und würde im Keim erstickt. Dadurch wäre die Reinheit der konsumierten Substanzen gewährleistet und die Anzahl der Unfälle als auch Todesfälle durch Drogenkonsum würde drastisch reduziert. Die weltweiten gesellschaftlichen Vorteile der Freigabe von Rauschmitteln würde sich jedoch nicht nur auf die Minimierung der Risiken beim Drogenkonsum belaufen, sondern auch auf die erhebliche Schwächung der organisierten Kriminalität und die Stärkung der Wirtschaft.

Aktuell versinken viele lateinamerikanische Länder in einem regelrechten Krieg, der Tausende von Opfern fordert (in Mexiko geht man von circa 50.000 Toten seit 2006 aus) und zusätzlich sogar das demokratische Staatswesen auf eine Weise unterminiert, die immer bedrohlichere Ausmaße annimmt – das Staatsgebiet von Guatemala und El Salvador soll bereits zu 40 Prozent von Drogenkartellen beherrscht werden, und auch in Mexiko gibt es Regionen, in denen die staatliche Obrigkeit längst keinerlei Macht mehr besitzt.

Da demokratische Menschenrechte in von Drogenkartellen kontrollierten Gebieten nichts zählen, ist der Terror für die ansässige Bevölkerung dementsprechend hoch. Viele lateinamerikanische Spitzenpolitiker fordern daher die Legalisierung von Drogen, da die Prohibition in ihren Ländern nicht nur gescheitert ist, sondern zu unerträglichen Verhältnissen geführt hat. Auch die Taliban in Afghanistan profitieren von der Prohibition, denn den Großteil ihrer finanziellen Ausgaben decken sie durch den Verkauf von Schlafmohn, aus welchem Opiate und Opioide wie Heroin gewonnen wird. Die staatlich kontrollierte Herstellung und der Verkauf von Rauschmitteln würden all diese staatsgefährdenden verbrecherischen Gruppierungen finanziell entscheidend schwächen und somit zu einer Stabilisierung demokratisch legitimierter Regierungen führen.

Des Weiteren würden alle Staaten, in denen Drogen legal vertrieben werden könnten, wirtschaftlich erheblich davon profitieren, sei es durch die Schaffung von Arbeitsplätzen als auch nicht zu unterschätzende Steuereinnahmen, denn der Umsatz des weltweiten Drogenhandels beläuft sich auf mehrere hundert Milliarden US-Dollar. Allein aus dem legalen Verkauf von Cannabis in Deutschland würden sich – vorsichtig geschätzt – voraussichtlich direkte Steuereinnahmen von über einer Milliarde Euro ergeben.

FAZIT

Alles in allem lässt sich bei einer unvoreingenommenen und rationalen Erörterung des Themas „Drogen“ feststellen, dass die Prohibition der falsche Weg ist, denn Menschen werden dadurch nicht geschützt, sondern entmündigt und gefährdet. Nur eine ehrliche Aufklärung über die Wirkung und Gefahren von Drogen mit der gleichzeitigen Möglichkeit, diese auf Wunsch auch konsumieren zu können, ist politisch als auch moralisch angemessen.

Foto: CC BY-NC-ND Romain LAUMONIER/ASSAF COHEN/Richard Dudley/sanja gjenero/StockXchange

Buch- und Medientipps

ZUSAMMENGESTELLT VON STEFAN MÜLLER

Buchtipp

Auf der Suche nach den verlorenen Steuergeldern

Als kleiner Junge bemerkte er, wie in der Firma, in der schon sein Vater und Großvater führende Positionen bekleideten, am hellichten Tag in einer Fabrikhalle eine Lampe brennt. Karl Heinz Däke fragt sich zum Direktor durch und sorgt dafür, dass das Licht ausgeschaltet wurde. Wie ein roter Faden – vielleicht auch geprägt durch die Not in der Nachkriegszeit – zieht sich der Kampf gegen Verschwendung durch sein Leben. Nach einem Volkswirtschaftsstudium beginnt Däke 1969 beim Bund der Steuerzahler. Von 1994 bis 2012 ist er Präsident des Vereins, dessen jährliches „Schwarzbuch" in Amtsstuben und Ministerien mittlerweile gefürchtet ist.

„Die Milliarden-Verschwender: Wie Beamte, Bürokraten und Behörden unsere Steuergelder zum Fenster hinauswerfen" lautet der Titel seines neuesten Werkes. Auf 255 Seiten zeigt Däke Fälle auf, die aus dem sagenumwobenen Schilda stammen könnten, aber leider der traurigen Realität in Deutschland entsprechen. Dabei begnügt er sich nicht mit dem bloßen Aneinanderreihen von Beispielen, sondern versucht auch, Motive oder Automatismen zu ergründen und schlägt aus seiner Sicht geeignete Gegenmaßnahmen vor. Ein eigenes Kapitel reserviert Däke für die Klassiker des Bundes der Steuerzahler: das Schwarzbuch, die Schuldenuhr, den Steuerzahlergedenktag und der weitgehend unbekannten Steuergedenklinie.

Die „Kanzler-U-Bahn" aus dem Jahre 2009 ist so ein Fall, der nicht nur aus aktuellem Anlass im Gedächtnis haften bleibt. Däke beschreibt auf zwei Seiten die Entstehungsgeschichte der wahrscheinlich kürzesten und teuersten U-Bahnstrecke Deutschlands. Diese führt vom Berliner Hauptbahnhof über den Bundestag zum Brandenburger Tor. 1995 beschlossen, benötigten Bund und Land Berlin 14 Jahre Bauzeit mit über 300 Millionen Euro Baukosten. Für eine Fahrtstrecke von nicht einmal zwei Kilometern und einer Fahrtzeit von drei Minuten! Spätestens nach Lesen dieses Paradebeispiels wird sich wahrscheinlich niemand mehr über die unendliche Geschichte um den „BER"-Flughafenbau wundern, ein Schildbürgerstreich, der aufgrund seiner mittlerweile ungeheuerlichen Dimension bestimmt einen Ehrenplatz in einem der nächsten Schwarzbücher erhalten wird. Die Milliardenverschwender ist kurzweilig und trotz – oder gerade wegen? – seines ernsten Hintergrunds in einem leicht verdaulichen Stil geschrieben. Ein Buch, das sich hervorragend für eine Zugfahrt oder einen langen Winterabend eignet.

Achim Müller @acepoint

Karl Heinz Däke: Die Milliarden-Verschwender, Heyne, 2012, ISBN 3453200225, 19,99 Euro

Kurz vorgestellt

Commons: Jenseits von Markt und Staat

Könnte ich noch mehr teilen? Meinen Besitz oder mein Wissen? Wir können uns alles leisten. Darum nehmen wir das Obst aus dem Supermarkt anstatt aus dem Park nebenan oder kaufen uns eine Bohrmaschine, statt sie zu leihen. Zudem ist Herrschaftswissen das Einzige, was in unsere Welt aus BIP und Wirtschaftswachstum passt, um uns einen Platz an der Sonne zu sichern. Doch es gibt Menschen, die sich dem entziehen, alte aber auch neue Wege finden, mit Gütern umzugehen. In diesem Buch werden verschiedene Beispiele aus der ganzen Welt gezeigt. Es geht um das, was wir Markt und Staat entgegensetzen können: Eine Gemeinschaft.

Chrissie @SuddenGrey

Silke Helfrich: Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Transcript Verlag, 2012, 528 Seiten, ISBN 3837620360, 24,80 Euro

Buchtipp

Zukunftssucher suchen Zukunft

Wolfgang Gründinger weiß wovon er schreibt, wenn er Deutschland als Land darstellt, in dem die Jugend so viele Freiheiten wie noch keine Generation vor ihr hat, sich aber gleichzeitig auch so wenig Zukunftsperspektiven wie kaum eine Generation vor ihr hingeben kann. Der 29-jährige Berliner promoviert gerade über „Interessengruppen in der Energiepolitik". Gleich in den ersten Seiten von „Wir Zukunftssucher. Wie Deutschland enkeltauglich wird" hinterfragt Gründinger unsere Vorstellungen vom alt werden, ohne alt sein zu wollen. Seine eigene Generation beschreibt er als illusionslos, im privaten Bereich solidarisch, aber nicht mehr auf Sicherheiten hoffend. An eine sichere, auskömmliche Rente glauben in dieser Generation nur wenige. Die ältere Generation steht im Kreuzfeuer seiner Kritik: Gesättigte Alte, Besserwisser, mit flauschigem Wohlstandskissen und selbstgerechter Nostalgie.

Michael Renner @dd0ul

Wolfgang Gründinger: Wir Zukunftssucher. Wie Deutschland enkeltauglich wird, Edition Körber-Stiftung, Sept. 2012, 223 Seiten, ISBN 3896840924, 16,00 Euro

Die komplette Rezension gibts bei der Flaschenpost unter **http://flaschenpost.piratenpartei.de/2013/01/23/-wir-zukunftssucher-eine-buchrezension/**

Von dort mit freundlicher CC-BY-SA-Lizenz übernommen.
Zu Vorteilen der CC-Lizenzen siehe auch Seite 16 in diesem Kompass.

DER MORGEN DANACH

CC BY-NC-ND ULRICH SCHARFENORT (ULRICS)

Bericht aus einer dunklen Zeit

Als ich erwachte, wusste ich zuerst nicht, wo ich war. Mir taten die Knochen weh, denn in der Enge war der Schlaf nur wenig erholsam. Alles war dunkel um mich herum. Die Luft roch nach Rauch. Neben mir raschelte es in der Dunkelheit. Ich sah einen Spalt, durch den Licht hereindrang.

Mir fiel wieder ein, dass wir uns in einer Geheimkammer versteckt hatten. Einem staubigen und muffigen Ort. Eigentlich zu eng für drei Personen, und daher voll mit stark abgestandener Luft.

Gestern schlief ich schon, als meine Eltern mich weckten. Wir hörten Lärm von der Straße, Schreie und wütende Sprechgesänge. Vater schickte uns in die alte Geheimkammer, die früher mal als Lager für Wertsachen gedient hatte, inzwischen aber nichts mehr von Wert enthielt. Alles war verkauft worden. Die Zeiten waren schlecht und bei einem Gespräch von Vater und Mutter verstand ich, dass das Geld für eine Reise war.
Ich erkannte in den Hassrufen die Stimmen von Nachbarn. Diesen Hass gab es nicht erst seit gestern. Es wurde mit der Zeit immer schlimmer. Wir spielten inzwischen nur noch drinnen und wagten uns nur selten auf die Straße. Eng war es hier. Die meisten Bücher hatte ich schon mehrfach gelesen.

Die Langeweile machte es noch unerträglicher, als es ohnehin schon war. Der kalte Hass in den Augen der anderen machte mir Angst. Die ständigen Übergriffe ... von der Obrigkeit konnten wir nichts erwarten. Vater versuchte es einmal und auch einige unserer Bekannten. Sie glaubten uns nicht oder taten nur so oder lachten uns sogar aus. Ich verstand es noch nicht – mehrfach hatte mir Vater eingebläut, mich nicht zu wehren. Es würde alles nur noch schlimmer machen.

Am Abend, als die Meute kam und wir in die dunkle Kammer flüchteten, spürte ich, wie Mutter jedes Mal bei einem Klirren zusammenzuckte. Wir hörten die Worte, welche sie Vater gegenüber äußerten. Viele dieser Worte waren gemein. Es hörte sich an, als würden sie ihn schlagen. Er war überaus tapfer und verriet uns nicht. Dann wurde es ruhig in der Wohnung, aber wir trauten uns nicht heraus. Bisher hatte ich noch nie solche Angst. Mutter musste meine Schwester mehrfach am Kreischen hindern.

Wir warteten darauf, dass Vater uns herausholen würde. Aber er kam nicht. Auch wenn sie es verbarg, hörte ich das leise Schluchzen meiner Mutter. Sie dachte die gleichen Gedanken – wie ich. Wohl eine Mischung aus Trauer, Verzweiflung. Jede Regung, jede Handlung konnte die falsche sein. Wir gingen nicht heraus, dass hatte uns Vater mehrfach eingeschärft. Wir durften erst wieder raus, wenn er uns rausholte. Irgendwann schlummerten wir dann alle ein.

Jetzt saßen wir jedenfalls zusammengekauert, hier in der Kammer. Mutter, meine Schwester und ich. Wagten uns kaum zu rühren, laut zu atmen. An Niesen war gar nicht zu denken, selbst wenn der Staub noch so sehr in der Nase kitzelte.

Wir warteten weiter. Aus Angst wagten wir nicht zu sprechen. Aber irgendwann hielten wir es nicht mehr aus. Mühsam kroch ich aus dem Versteck hervor. Ich zuckte bei jedem Geräusch zusammen. Das Knarren der Dielen, das Öffnen der Klappe und auch das leise Rascheln, als ich mich vorsichtig herausschob. Trotz Kälte schwitzte ich.

Von dem, was wir vorher Heim nannten, war nicht mehr viel geblieben. Die Wände standen noch. Sonst war vieles umgeschmissen. Einiges gänzlich zerstört. Nicht wenig lag in Scherben auf dem Boden, so dass ich Mühe hatte, mich geräuschlos umzusehen. Mit jedem Schritt pochte mein Herz bis zum Hals, immer in Erwartung, ob nicht doch noch jemand auf uns lauerte.

Ich sah den Wandspiegel von Großmutter in Scherben. Auch das Porzellan war nicht mehr heil. Selbst die kleinen Scheiben von der Anrichte waren entzwei.

Vater konnte ich nirgends entdecken, aber glücklicherweise wartete auch niemand anders auf uns.

Nur 9. November 1938?

Foto: CC BY-ND Miguel Saavedra / StockXchange

Die Geschichte für Ebookreader gibt es unter nachfolgendem Link als EPUB zum Download und zur kostenfreien Verbreitung, gemäß der angegebenen Lizenz.
Link http://www.bookrix.de/_title-de-ulrich-scharfenort-der-morgen-danach

Das Letzte